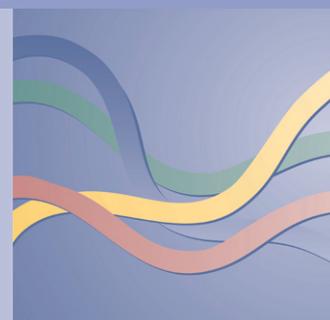


GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PROGNOSE der OeNB für Österreich 2022 bis 2024

Ukraine-Krieg und Inflation
dämpfen wirtschaftliche Erholung



Ukraine-Krieg und Inflation dämpfen wirtschaftliche Erholung

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2022 bis 2024 vom Juni 2022

Friedrich Fritzer, Christian Ragacs, Lukas Reiss, Richard Sellner, Alfred Stiglbauer, Klaus Vondra und Mirjam Salish¹

Redaktionsschluss: 27. Mai 2022

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die bereits hohen Energiepreise weiter befeuert, die Preise von energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen sowie Nahrungsmitteln deutlich verteuert, die Unsicherheit gesteigert und Lieferengpässe verstärkt. In Folge wird die HVPI-Inflationsrate 2022 bei 6,2%, 2023 bei 3,6% und 2024 bei 2,7% zu liegen kommen. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation wird 2022 auf 3,7% und 2023 aufgrund höherer Lohnabschlüsse weiter auf 3,9% ansteigen. Das Ausklingen der COVID-19-Pandemie hat zu einer sehr kräftigen Konjunkturerholung zu Jahresbeginn beigetragen, die durch den Ukraine-Krieg aber abrupt gebremst wurde. Die starken Preissteigerungen belasten die verfügbaren Haushaltseinkommen und das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld die Exportkonjunktur. Im weiteren Jahresverlauf wird daher nur mit einem sehr moderaten Wirtschaftswachstum gerechnet, für das Gesamtjahr 2022 ergibt sich dennoch ein Wachstum von 4,1%. Unter der Annahme eines Endes der Kriegshandlungen zum Jahreswechsel 2022/23 und leicht rückläufiger Energiepreise erwartet die OeNB für die Jahre 2023 und 2024 ein Wachstum des realen BIP in Österreich von 2,0% bzw. 1,9%. Gegenüber der Prognose der OeNB vom Dezember 2021 wurden die Wachstumsaussichten für die Jahre 2022 und 2023 um 0,2 Prozentpunkte bzw. 0,7 Prozentpunkte nach unten revidiert. Der Arbeitsmarkt ist aufgrund eines zunehmenden Facharbeitermangels und eines regionalen Mismatches deutlich angespannt. Für das Jahr 2022 wird trotzdem ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung um 2,6% erwartet. Die Arbeitslosenquote laut AMS sinkt nach 8,0% im Vorjahr auf 5,9% dieses Jahr und auf 5,1% im Jahr 2024. 2022 wird das Budgetdefizit bei 2,7% des BIP liegen und bis zum Ende des Prognosehorizonts auf 0,6% sinken. Dies liegt vor allem an der konjunkturellen Erholung und dem Rückgang der fiskalischen COVID-19-Maßnahmen. Die Schuldenquote wird über den gesamten Prognosehorizont rückläufig sein und 2024 etwas unter 75% des BIP betragen.

Die hier dargestellte Juniprognose der OeNB, die auch Teil der gemeinsamen Juniprognose des Eurosystems ist, basierte auf Datenveröffentlichungen mit Redaktionsschluss 27. Mai 2022. Eingangs wird in diesem Beitrag zusätzlich ein Szenario dargestellt (Kasten 1), in dem auf Basis der Juniprognose auch Datenveröffentlichungen bis zum 5. Juni 2022 berücksichtigt wurden. Danach werden die Ergebnisse der OeNB-Juniprognose (Redaktionsschluss 27. Mai 2022) im Detail dargestellt.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, friedrich.fritzer@oebn.at, christian.ragacs@oebn.at, lukas.reiss@oebn.at, richard.sellner@oebn.at, alfred.stiglbauer@oebn.at, klaus.vondra@oebn.at. Referat Geldpolitik, mirjam.salish@oebn.at. Unter Mitarbeit von Gerhard Fenz, Beate Resch und Marc Bittner.

Szenario: Konjunktureinschätzung der OeNB auf Basis der OeNB-Juniprognose und aktueller Datenveröffentlichungen

Dieses Szenario umfasst die Annahmen des Eurosystems zum Internationalen Umfeld bis einschließlich 17. Mai, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einschließlich der ersten Veröffentlichung von Statistik Austria vom 2. Juni 2022 sowie Daten der Inflationsschnellschätzung für den Mai 2022 vom 1. Juni. Inkludiert man diese neuen Informationen, so wird im Vergleich zur Prognose der OeNB vom Juni ein geringeres BIP-Wachstum und eine höhere HICP-Inflationsrate erwartet.

Inflation steigt im Jahr 2022 auf 7%

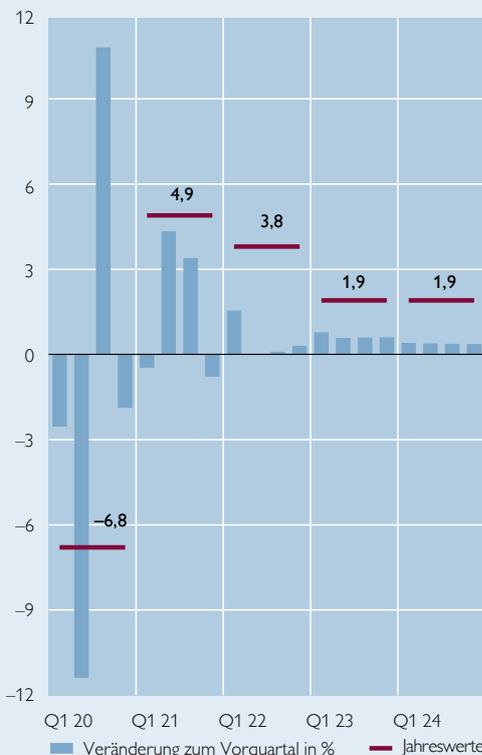
Der Ukraine-Krieg führte zu weiteren deutlichen Preisanstiegen bei energetischen und nicht-energetischen Rohstoffen und in weiterer Folge einem Anstieg der HVPI-Inflation auf 8,1 % im Mai 2022. Seit Jahresbeginn ist die Inflation um 4,3 Prozentpunkte angestiegen, wobei die Energiepreise (+1,5 Prozentpunkte), gefolgt von Nahrungsmitteln (+1,2 Prozentpunkte) und Industriegütern ohne Energie (+0,9 Prozentpunkte) Haupttreiber dieser Entwicklung waren. Im Jahr 2022 steigt die HVPI-Inflation in Österreich auf 7,0%. Infolgedessen ist insbesondere für 2023, aber auch noch für 2024 mit höheren Lohnabschlüssen zu rechnen. Die Inflationsrate bleibt daher trotz leicht rückläufiger Energiepreise auch in den Jahren 2023 und 2024 mit 4,2% bzw. 3,0% deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (2000 bis 2021: 1,9%).

Grafik K1

Hauptergebnisse der Konjunktureinschätzung

Wachstum des realen BIP

Veränderung zum Vorquartal in % (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Veränderung zum Vorjahr in %



Arbeitslosenquote nach AMS-Definition

in %



Quelle: WIFO, Statistik Austria, OeNB-Konjunktureinschätzung vom Juni 2022.

Nur geringes Wirtschaftswachstum im weiteren Jahresverlauf

Nach einem starken BIP-Wachstum zu Jahresbeginn erwartet die OeNB in der vorliegenden Einschätzung im weiteren Verlauf des Jahres 2022 eine äußerst gedämpfte Wirtschaftsentwicklung. Auch in den Folgejahren wird sich die Konjunktur trotz des unterstellten Endes der Kampfhandlungen in der Ukraine per Jahresende 2022 nur mäßig beschleunigen, die Aufhol-effekte bleiben angesichts der unsicheren Lage gering. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 3,8% im Jahr 2022 und bei jeweils 1,9% in den Jahren 2023 und 2024.

Starkes Beschäftigungswachstum trotz Konjunkturabkühlung

Aufgrund der hohen Beschäftigungsdynamik zu Jahresbeginn wird für das Jahr 2022 nochmals ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung erwartet (2,6%), wobei unterstellt wird, dass es zu keinem weiteren Lockdown im Tourismus und Gastgewerbe kommen wird. Der nachlassenden Konjunktur folgend wird sich das Beschäftigungswachstum bis 2024 auf 1,0% abschwächen, damit aber nicht unter den langjährigen Durchschnitt fallen. Bis 2024 nimmt das Wachstum des Arbeitsangebots aufgrund der Demografie aber ab. Die Arbeitslosenquote (AMS-Definition) sinkt bis zum Jahr 2024 auf 5,9%.

Privater Konsum erreicht erst Mitte 2023 das Vorkrisenniveau

Die dämpfenden Effekte der hohen Inflation können durch die steuerlichen Entlastungen und das starke Beschäftigungswachstum nicht vollständig kompensiert werden. Trotzdem wird für das Jahr 2022 mit einem kräftigen Wachstum des privaten Konsums von 3,9% gerechnet, da das Vergleichsjahr 2021 noch von mehreren Lockdowns und Zwangssparen geprägt war. Auch in den Jahren 2023 und 2024 bleibt das Wachstum mit jeweils 2,0% leicht überdurchschnittlich; dennoch erreicht der private Konsum erst Mitte 2023 – und damit deutlich später als die anderen wichtigen Nachfragekomponenten – wieder das Vorkrisenniveau.

Weltkonjunktur dämpft Export- und Investitionsentwicklung

Die dynamische Exportentwicklung zu Jahresbeginn führt zu einem kräftigen Exportwachstum von 7,1% und verdeckt die Abkühlung der Exportkonjunktur im weiteren Jahresverlauf. Im Jahr 2023 werden die Exporte aber trotzdem noch um 2,9% zulegen, 2024 beschleunigt sich das Exportwachstum auf 3,3%. Das Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen fällt im Jahr 2022 mit 1,6% nur gedämpft aus. Speziell die Ausrüstungsinvestitionen werden durch die Kriegsunsicherheit und die Materiallieferengpässe im laufenden Jahr gebremst. Aufgrund eines langsamen Auslaufens der Wohnbauhochkonjunktur und der schlechten Entwicklung zu Jahresende 2021 entwickeln sich im Jahr 2022 auch die Wohnbauinvestitionen schwach. Im kommenden Jahr ist mit einer Verbesserung bei beiden Komponenten zu rechnen, das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen steigt auf 2,6%.

Budgetdefizit liegt bereits 2022 wieder unter 3% des BIP

2022 steigt der Budgetsaldo auf –2,6% des BIP (nach –5,9% des BIP 2021), weil sich dank der konjunkturellen Erholung der Beitrag der automatischen Stabilisatoren gegenüber 2021 stark verbessert. Zudem geht das Ausmaß der diskretionären COVID-19-Fiskalmaßnahmen zurück und dieser Effekt wirkt deutlich stärker als das Inkrafttreten der ökosozialen Steuerreform sowie der Energiepakete. Das Absinken des Gesamtvolumens an diskretionären Fiskalmaßnahmen setzt sich 2023 und 2024 fort, was zu einer weiteren Verbesserung des Budgetsaldos auf ca. –0,7% des BIP 2024 führt. Der Beitrag der konjunkturellen Entwicklung bleibt gegenüber 2022 in etwa unverändert, während die Zinsausgaben ab 2023 wieder langsam steigen. Die Staatsschuldenquote wird 2022 auf knapp unter 80% des BIP sinken und bis 2024 auf rund 73% des BIP zurückgehen. Dies liegt am sehr hohen nominellen BIP-Wachstum sowie den wieder niedrigeren Budgetdefiziten.

Zusätzliches Abwärtsszenario: Auswirkungen von zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen auf die österreichische Wirtschaft

Im Rahmen der Eurosystemprognose vom Juni 2022 wurde von den einzelnen Euroraum-Ländern ein Abwärts-Szenario auf Basis gemeinsam akkordierter Annahmen erstellt. Das

Narrativ hinter diesen Überlegungen ist, dass die intensivste Phase des Ukraine-Kriegs nicht in diesem Jahr endet, sondern sich bis 2023 fortsetzt, dass die geopolitischen Spannungen weiter zunehmen, weitere Sanktionspakete verabschiedet werden und dass es zu einem zeitlich begrenzten Stopp russischer Erdgaslieferungen in die Europäische Union kommt. Im Szenario werden folgende Wirkungskanäle berücksichtigt: (1) Handelskanal (Rückgang der Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen), (2) Rohstoffpreise (Anstieg der Preise für Öl, Gas und nichtenergetische Rohstoffe), (3) Finanzmarkt- und Vertrauenskanal (Auswirkungen der Unsicherheit und steigender Kreditzinsen auf Konsum und Investitionen), (4) Ausfall von Gaslieferungen (unerheblich, ob Lieferstopp oder Embargo) und (5) Spillover-Effekte eines Ausfalls von russischen Energielieferungen an wichtige Handelspartner Österreichs.

Gegenüber dem März-Szenario der OeNB (OeNB, 2022a) haben sich die Annahmen bezüglich des vierten Wirkungskanals – Ausfall von Gaslieferungen – erheblich verändert. Es

Tabelle K1

Hauptergebnisse der OeNB-Konjunktüreinschätzung vom Juni 2022 für Österreich¹

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)			
Wirtschaftliche Aktivität				
Bruttoinlandsprodukt	4,9	3,8	1,9	1,9
Privater Konsum	3,3	3,9	2,0	2,0
Öffentlicher Konsum	8,3	-0,2	0,7	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	1,6	2,6	2,1
Exporte insgesamt	14,5	7,1	2,9	3,3
Importe insgesamt	16,4	5,2	2,8	2,9
	in % des nominellen BIP			
Leistungsbilanzsaldo	-0,5	0,5	1,1	1,3
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Preise				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,8	7,0	4,2	3,0
Deflator des privaten Konsums	2,2	6,8	4,0	2,9
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	1,3	5,1	4,2	2,9
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	0,3	2,4	4,8	2,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	3,1	3,7	5,4	3,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	-0,8	2,4	4,6	3,6
Importpreise	5,3	9,3	3,3	1,9
Exportpreise	2,6	7,6	4,6	1,9
Terms of Trade	-2,5	-1,7	1,3	0,0
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens			
Einkommen und Sparen				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	0,5	0,2	1,7	1,9
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens			
Sparquote	11,8	8,4	7,9	7,6
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitsmarkt				
Unselbstständig Beschäftigte	2,1	2,6	1,4	1,0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	5,9	4,0	2,3	1,1
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,2	4,5	4,4	4,3
Arbeitslosenquote gemäß AMS	8,0	6,2	6,0	5,9
	in % des nominellen BIP			
Öffentliche Finanzen				
Budgetsaldo	-5,9	-2,6	-1,2	-0,7
Schuldenstand	82,8	79,3	75,9	73,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Konjunktüreinschätzung vom Juni 2022.

¹ Die Konjunktüreinschätzung wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt (Stand: Q1 22 vom 2. Juni 2022, Statistik Austria).

wird nun angenommen, dass ab dem dritten Quartal 2022 für insgesamt vier Quartale keine russischen Erdgaslieferungen erfolgen (März-Annahme: nur im zweiten Halbjahr 2022). In den Folgequartalen kommt es zu keinen gänzlichen Auf-/Nachholeffekten, da davon ausgegangen wird, dass sich die Einschränkungen danach nur schrittweise auflösen, aber selbst im vierten Quartal 2024 noch mit Ausfällen zu rechnen ist. Als neuer Wirkungskanal wurden die Spillover-Effekte aufgrund eines Ausfalls von russischen Energielieferungen an wichtige Handelspartner auf die österreichische Wirtschaft simuliert. In diesem Szenario fällt der negative BIP-Effekt heuer noch stärker aus als im März angenommen. Der größte Unterschied ergibt sich im Jahr 2023, in dem aufgrund der internationalen Spillovers ebenfalls ein deutlich negativer BIP-Effekt erwartet wird. Erst im Jahr 2024 kommt es zu einem Aufholprozess. Insgesamt erwartet die OeNB in diesem Szenario in den beiden Jahren 2022 und 2023 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,6% bzw. 1,4% und im Jahr 2024 ein Wirtschaftswachstum von 6,4%. Die HVPI-Inflation beträgt in den drei Jahren 8,5%, 5,1% und 2,9%.

1 Prognose der OeNB vom Juni 2022:² Nach starkem BIP-Wachstum zu Jahresbeginn 2022 erfolgt deutliche Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung

Trotz der andauernden COVID-19-Pandemie war das Jahr 2021 mit einem BIP-Wachstum von 4,6% von einem starken wirtschaftlichen Erholungsprozess gekennzeichnet. Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung (−0,8%, im Vergleich zum Vorquartal) im vierten Quartal 2021 infolge des erneuten Lockdowns verzeichnete die österreichische Wirtschaft im ersten Quartal 2022 ein starkes reales BIP-Wachstum (2,5%). Die Beschäftigung lag deutlich über und die Arbeitslosigkeit deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosenquote erreichte im April 2022 den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2008. Die Prognose für das Gesamtjahr 2022 ist daher stark von bereits realisierten Daten bis zum ersten Quartal getrieben, welche die prognostizierte schwache Dynamik ab dem zweiten Quartal des Jahres überdecken. Ab Anfang 2023 erwarten wir – unter der Annahme eines Endes der militärischen Kampfhandlungen in der Ukraine – unterjährig wieder eine Wachstumsbeschleunigung mit leicht überdurchschnittlichen Quartalswachstumsraten. Insgesamt wird für die Jahre 2022 bis 2024 ein Wachstum des realen BIP in Österreich von 4,1%, 2,0% und 1,9% prognostiziert. Obwohl gegenüber der Prognose der OeNB vom Dezember 2021 in den Jahren 2022 und 2023 abwärts revidiert wurde (2022: −0,2 Prozentpunkte, 2023: −0,6 Prozentpunkte), liegt das BIP-Wachstum in allen drei Jahren über dem langfristigen Durchschnitt (1995 bis 2021) von 1,7%. In allen drei Prognosejahren wird das Jahreswachstum des realen BIP trotz der außergewöhnlich hohen HVPI-Inflationsraten überwiegend von der Inlandsnachfrage getragen. Der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum bleibt aber trotz der schwachen internationalen Rahmenbedingungen über den gesamten Prognosehorizont positiv.

² Redaktionsschluss: 27. Mai 2022.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Juni 2022 für Österreich¹

	2021	2022	2023	2024
Wirtschaftliche Aktivität	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>			
Bruttoinlandsprodukt	4,6	4,1	2,0	1,9
Privater Konsum	3,2	3,5	2,1	2,0
Öffentlicher Konsum	6,8	-0,2	0,7	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	4,0	2,3	2,2	2,1
Exporte insgesamt	13,3	5,6	2,8	3,3
Importe insgesamt	13,8	3,5	2,7	2,9
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Leistungsbilanzsaldo	-0,5	0,3	0,8	1,1
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP²	<i>in Prozentpunkten</i>			
Privater Konsum	0,6	1,4	0,7	0,7
Öffentlicher Konsum	1,1	0,0	0,1	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,2	0,4	0,3	0,3
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	1,9	1,8	1,2	0,9
Exporte	2,6	2,0	0,9	0,9
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	0,1	0,3	-0,1	0,0
Preise	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,8	6,2	3,6	2,7
Deflator des privaten Konsums	2,4	6,3	3,7	2,7
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	1,7	3,3	4,1	2,5
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	0,6	2,0	4,6	2,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	3,2	3,6	5,3	3,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	-0,6	2,6	4,3	3,4
Importpreise	5,3	9,8	3,4	1,9
Exportpreise	2,6	7,1	4,3	1,6
Terms of Trade	-2,5	-2,5	0,9	-0,3
Einkommen und Sparen	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>			
Real verfügbares Haushaltseinkommen	0,4	-0,6	1,3	2,0
Sparquote	11,8	8,2	7,4	7,4
Arbeitsmarkt	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Unselbstständig Beschäftigte	2,0	2,6	1,4	1,0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	5,7	3,7	2,4	1,2
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,2	5,1	4,9	4,6
Arbeitslosenquote gemäß AMS	8,0	5,9	5,4	5,1
Öffentliche Finanzen	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Budgetsaldo	-5,9	-2,7	-1,2	-0,6
Schuldenstand	82,8	80,6	77,1	74,4

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

¹ Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt (Stand: Q1 22 Flash vom 29. April 2022, WIFO).

² Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

2 Annahmen zur Prognose

Die vorliegende gesamtwirtschaftliche Prognose für die österreichische Gesamtwirtschaft ist der Beitrag der OeNB im Rahmen der Projektionen des Eurosystems vom Juni 2022. Der Prognosehorizont reicht vom zweiten Quartal 2022 bis zum vierten Quartal 2024. Die Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft, zu

Zinssätzen, Wechselkursen und Rohölpreisen berücksichtigen Entwicklungen bis einschließlich 17. Mai 2022. Die Prognose wurde unter Verwendung des makroökonomischen Quartalsmodells der OeNB erstellt. Die vom WIFO berechneten saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lagen für die Prognose bis zum ersten Quartal 2022 (VGR Flash vom 29. April 2022) vor.

Der für den Prognosehorizont unterstellte kurzfristige Zinssatz basiert auf den Markterwartungen und wird demnach 2022 im Durchschnitt bei null (positive Werte ab dem dritten Quartal 2022), 2023 bei 1,3 % und 2024 bei 1,6 % liegen. Somit wird erwartet, dass der kurzfristige Zinssatz im Jahr 2024 den höchsten Wert seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009 erreichen wird (2008: 4,6 %). Die langfristigen Zinssätze orientieren sich an den Markterwartungen für Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und steigen im Prognosezeitraum von 1,3 % im Jahr 2022 auf 1,8 % im Jahr 2024. Demnach erreichen auch die langfristigen Zinssätze die höchsten Werte seit über zehn Jahren (2013: 2,0 %). Sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen wurden für alle Jahre des Prognosezeitraums deutlich nach oben revidiert. Für das Jahr 2024 beträgt die Aufwärtsrevision +1,5 Prozentpunkte für die kurzfristigen und +1,3 Prozentpunkte für die langfristigen Zinsen. Für die weitere Entwicklung des USD-EUR-Wechselkurses wird im Prognosehorizont von einem konstanten Kurs von 1,05 US-Dollar je Euro ausgegangen. Die unterstellte Entwicklung der Rohölpreise orientiert sich an den Terminkursen, die krisenbedingt gegenüber der Dezemberprognose deutlich nach oben revidiert wurden. Der Rohölpreis steigt von 71,1 USD je Barrel Brent im Jahresdurchschnitt 2021 auf 105,8 USD je Barrel Brent im Jahr 2022 deutlich an (Peak im zweiten Quartal bei 109,5 USD). Danach wird er den Rohöl-Futurepreisen folgend in den Jahren 2023 (93,4 USD) und 2024 (84,3 USD) wieder leicht sinken. Die Preise für Rohstoffe ohne Energie folgen im Prognosehorizont ebenfalls den Terminkursen. Der Druck auf alle Energiepreise (Öl, Gas, Strom) nimmt gemäß den Markterwartungen (Futures) im Prognosezeitraum leicht ab.

Infolge des Ukraine-Kriegs, aber auch aufgrund spezifischer Probleme, wie etwa dem Neuausbruch von COVID-19 und den damit einhergehenden Lockdown-Maßnahmen in China, wurden im Vergleich zur Dezemberprognose die Annahmen zur realwirtschaftlichen internationalen Entwicklung deutlich nach unten revidiert. Hiermit geht eine deutlich schwächere Entwicklung auf den österreichischen Exportmärkten einher, deren Wachstum 2022 bei 3 % (Revision gegenüber Dezember 2021: –2 Prozentpunkte), 2023 bei 2,7 % (–3,8 Prozentpunkte) und 2024 bei 3,3 % (+0,1 Prozentpunkte) liegen wird. Es wird angenommen, dass sich die globalen Lieferengpässe langsam auflösen und der Großteil der Lieferengpässe bis Ende 2023 behoben sein wird.

Bezüglich der weiteren Entwicklung des Kriegs in der Ukraine wird davon ausgegangen, dass die intensive Kriegsphase mit Ende des Jahres 2022 endet, die westlichen Sanktionen aber bis 2024 aufrecht bleiben. Weiters wird davon ausgegangen, dass die Erdgaslieferungen Russlands nach Europa trotz des Ukraine-Kriegs weiter unverändert erfolgen.³ Das geplante EU-Embargo auf russisches Erdöl und Erdölprodukte war zum Zeitpunkt des Cut-off-Termins der vorliegenden

³ Eine Lockerung dieser Annahme erfolgte in einer Szenarioanalyse, deren Ergebnisse in Kasten 1 dargestellt werden.

Tabelle 2

Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt				
<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>				
Welt ohne Euroraum	6,4	3,0	3,4	3,6
USA	5,7	2,5	1,9	2,0
China	8,1	4,1	5,2	5,2
Indien	8,2	8,1	6,0	6,9
Japan	1,7	1,7	1,9	1,1
Lateinamerika	6,7	2,3	2,3	2,5
Vereinigtes Königreich	7,4	3,7	0,8	1,3
Neue EU-Mitgliedstaaten ¹	5,6	4,1	2,8	3,5
Schweiz	3,7	1,8	1,3	1,8
Euroraum ²	5,4	2,8	2,1	2,1
Welthandel (Importe i. w. S.)				
Welt	11,4	4,3	3,2	3,6
Welt außerhalb des Euroraums	12,3	4,3	3,1	3,7
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums	10,4	3,4	2,2	3,5
Wachstum der österreichischen Exportmärkte	10,1	3,0	2,7	3,3
Preise				
<i>absolut</i>				
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	71,1	105,8	93,4	84,3
Drei-Monats-Zinssatz in %	-0,5	0,0	1,3	1,6
Langfristiger Zinssatz in %	-0,1	1,3	1,7	1,8
USD-EUR-Wechselkurs	1,2	1,1	1,1	1,1
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro	120,8	116,7	116,1	116,1

Quelle: Eurosystem.

¹ Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.² Eurostat; 2022 bis 2024: Ergebnis der Juni-Projektion 2022 des Eurosystems.

Prognose nicht beschlossen und kann den Regeln des Eurosystems entsprechend daher nicht explizit für die Prognose berücksichtigt werden. Es wird aber insofern in Bedacht genommen, wie es in den für diese Prognose verwendeten Markterwartungen über den zukünftigen Erdölpreis bereits eingepreist war.

Für alle drei Prognosejahre wird davon ausgegangen, dass keine neuen Coronavirus-Mutationen auftreten, die zu einer Überlastung des Gesundheitssystems führen. Somit unterliegt die Prognose der Annahme, dass im Prognosezeitraum keine neuerlichen Lockdowns mehr notwendig sein werden.

3 Weltwirtschaft: Energiepreise, Lieferengpässe und Unsicherheit in Folge des Ukraine-Kriegs bremsen die globale Erholung

Am 24. Februar begann Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine und erschütterte die bis dahin relativ stabile Nachkriegsordnung Europas. Neben der humanitären Katastrophe, welche die Bevölkerung der Ukraine erleidet, führte der Krieg zu einer massiven Zunahme der geopolitischen Spannungen zwischen den westlichen Ländern und Russland. Seitens der EU wurden bereits fünf Sanktionspakete gegen Russland und kremlnahe Personen verabschiedet, die Handels- und Direktinvestitionsverbote (technologische Produkte und Energieförderung), den Ausschluss zahlreicher russischer Banken aus SWIFT und die Einfrierung ausländischen Vermögens der russischen Notenbank umfassen. Ein geplantes sechstes Sanktionspaket sieht ein schrittweises Embargo auf Erdöl und Erdölprodukte vor. Abseits der

offiziellen Sanktionen stellten zahlreiche internationale Unternehmen ihre Aktivitäten in Russland ein. Der russische Rubel wertete zunächst massiv ab, stabilisierte sich durch Zinserhöhungen, Kapitalkontrollen und die hohen Energiepreise jedoch wieder. Für Russland wird dieses Jahr eine tiefe Rezession erwartet und auch die mittelfristigen Wachstumsaussichten fallen durch die Sanktionen (es wird erwartet, dass diese über den gesamten Prognosehorizont aufrecht bleiben) deutlich geringer aus.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von russischem Erdgas und Erdöl ist die Unsicherheit betreffend die Energieversorgung stark gestiegen und heizte die bereits hohen Energieinflationsraten der EU-Länder zusätzlich an. Sollte aus strategischen Überlegungen Russland seine Gaslieferungen in die EU einstellen oder aber die EU ein Embargo oder einen hohen Zoll einführen, wäre mit weiteren Energiepreisanstiegen und vorübergehenden Produktionsstilllegungen zu rechnen. Auch das Vereinigte Königreich und die USA leiden unter hohen Preissteigerungen. Im Vereinigten Königreich befindet sich das Konsumentenvertrauen auf einem historischen Tiefstand und würde auf eine bevorstehende Rezession hindeuten. Auch in den USA nimmt die Angst vor einer möglichen Rezession zu, wobei hier eine starke Straffung der Geldpolitik ein Auslöser sein könnte.

Die Kriegshandlung und Sanktionen wirken sich zudem über verstärkte Lieferengpässe aus, von denen die CESEE-Länder besonders stark betroffen sind, da diese eine starke wirtschaftliche Verflechtungen mit der Ukraine und Russland aufweisen. In weiterer Folge leidet die europäische Automobilbranche, allen voran jene Deutschlands, die starke Lieferverflechtungen in diese Länder aufweist. Zusätzliche Anspannungen in den Lieferketten sind von den Lockdowns in vielen großen chinesischen Städten im Frühjahr 2022 aufgrund der Zero-COVID-Strategie Chinas zu erwarten. Diese Lockdowns ließen das Wachstum Chinas, insbesondere im wichtigen Immobiliensektor, im zweiten Quartal einbrechen.

In Summe hat sich das außenwirtschaftliche Umfeld Österreichs und des Euroraums stark verschlechtert. Die hohen Energiepreise, zunehmenden Lieferengpässe und hohe Unsicherheit im Zuge des Kriegs trüben den konjunkturellen Ausblick stark ein und führen auch zu Abwärtsrevisionen der Wachstumsaussichten in fast allen Ländern des Euroraums.

4 Nachfrageseite von aktueller Krise unterschiedlich betroffen

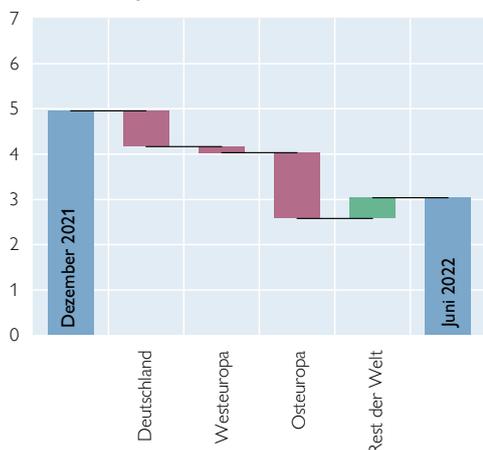
4.1 Normalisierung des Tourismus und Auflösung der Lieferengpässe steht Einbruch der Exportnachfrage entgegen

Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der pandemiebedingten Lockdowns waren 2021 deutlich schwächer als im Jahr 2020. Die exportorientierte Industrie war nicht mehr von Produktionsschließungen betroffen und im Einzelhandel und der Gastronomie wurden teilweise alternative Vertriebswege gefunden. Trotzdem war aber neben der Gastronomie vor allem der Reiseverkehr und der Veranstaltungsbereich weiterhin durch Einschränkungen zur Pandemieeindämmung gedämpft. 2021 machten sich auch zusehends die negativen Folgen der internationalen Lieferengpässe bemerkbar. Trotzdem war das Jahr 2021 von einem intensiven Aufholprozess geprägt. Die realen Gesamtexporte stiegen um 13,3 % (2020: -11,5 %). Das Wachstum der Gesamtexporte wurde vom Warenexport (real +17,8 %) getrieben, während sich die Dienstleistungsexporte mit einem Wachstum von 2,4 % nur leicht erholten.

Revisionen der Beiträge zum Wachstum der österreichischen Exportmärkte seit der Dezemberprognose

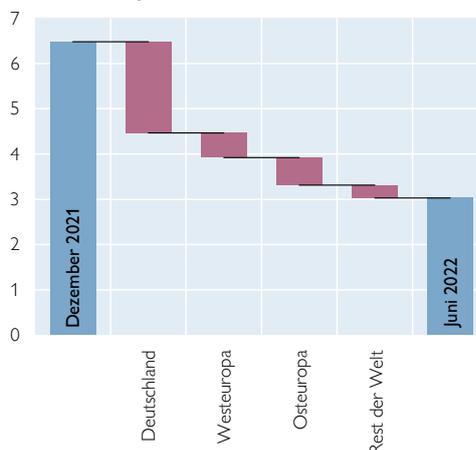
2022

Wachstum im Vergleich zur Vorperiode in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



2023

Wachstum im Vergleich zur Vorperiode in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: EZB, Darstellung und Berechnung OeNB.

In Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, aber auch aufgrund spezifischer Probleme, wie etwa der umfassenden Lockdown-Maßnahmen in China aufgrund deren Zero-COVID-Strategie, wird im Vergleich zur Dezemberprognose für die Jahre 2022 bis 2024 eine deutlich schwächere internationale realwirtschaftliche Entwicklung erwartet. Das Wachstum der österreichischen Exportmärkte wird im Vergleich zu den Annahmen im Dezember deutlich geringer ausfallen. Nach 3 % im Jahr 2022 wird es sich auf 2,7 % im Jahr 2023 abschwächen und 2024 mit 3,3 % wieder erholen. Hierbei wird angenommen, dass sich die globalen Lieferengpässe langsam auflösen und bis Ende 2023 behoben sein werden. Die ausländische Nachfrage nach österreichischen Exporten wird durch den Ukraine-Krieg regional sehr unterschiedlich gedämpft. Die Nachfrage wird 2022 vor allem in den CESEE-Ländern schwächer ausfallen. Die Abwärtsrevision für das Jahr 2023 ist hingegen großteils auf eine schwächere Entwicklung in Deutschland zurückzuführen. Der wirtschaftliche Einbruch Russlands trägt aufgrund des geringen Außenhandelsanteils an den österreichischen Exporten kaum zum Rückgang der gesamten österreichischen Exportnachfrage bei.

Wir erwarten annahmegemäß, dass im gesamten Prognosezeithorizont keine weitere Notwendigkeit für Lockdowns zur Eindämmung von COVID-19 in Österreich und seinen wichtigsten Handelspartnern besteht. Der Tourismus wird sich demnach erholen, allerdings wird der Aufholprozess durch die hohe Inflation und aufgrund von strukturellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Tourismus hinsichtlich Reisegewohnheiten auf der Nachfrageseite und durch Arbeitsmarktprobleme auf der Angebotsseite gebremst.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich im Prognosezeitraum leicht verbessern, aufgrund der starken Veränderungen der gesamten Exportnachfrage die Exportentwicklung in den Jahren 2022 bis 2024 aber nicht wesentlich bestimmen. Insgesamt wird für das Jahr 2022 ein Exportwachstum von 5,6 % und für die Jahre 2023 und 2024 von 2,8 % beziehungsweise 3,3 % prognostiziert. Das hohe Wachstum

Tabelle 3

Wachstum und Preise in der österreichischen Außenwirtschaft

	2021	2022	2023	2024
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Exporte				
Preise der Wettbewerber auf Österreichs Exportmärkten	7,7	13,5	2,9	1,2
Exportdeflator	2,6	7,1	4,3	1,6
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ¹	5,1	6,4	-1,4	-0,5
Nachfrage auf Österreichs Exportmärkten (real)	10,1	3,0	2,7	3,3
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	13,3	5,6	2,8	3,3
Marktanteile Österreichs	3,2	2,6	0,1	0,0
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Importe				
Preise der internationalen Wettbewerber auf dem heimischen Markt	6,6	11,4	2,9	1,3
Importdeflator	5,3	9,8	3,4	1,9
Österreichische Importe i. w. S. (real)	13,8	3,5	2,7	2,9
Terms of Trade	-2,5	-2,5	0,9	-0,3
	<i>in Prozentpunkten des realen BIP</i>			
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	0,1	1,3	0,2	0,3
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Exportquote	55,9	58,8	59,4	59,7
Importquote	54,7	57,8	57,8	58,0

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

¹ Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist als Differenz zwischen der Veränderung der Preise der Wettbewerber auf den österreichischen Exportmärkten und der Veränderung des Exportdeflators definiert.

im Jahr 2022 wird von der Dynamik im Jahr 2021 und dem starken Wachstum im ersten Quartal getragen. Während die Güterexporte (Jahreswerte) bereits 2021 das Niveau vor Ausbruch von COVID-19 überschritten haben, wird dies bei den Dienstleistungsexporten über den gesamten Prognosezeitraum nicht der Fall sein.

Der Totalausfall der Wintersaison 2020/21 und der Lockdown zum Jahresende 2021 haben deutliche Spuren in der Leistungsbilanz hinterlassen (für Details siehe OeNB, 2022b). Die Pandemie führte 2021 erstmals seit mehr als 20 Jahren zu einem Leistungsbilanzdefizit (-2,1 Mrd EUR). Hierfür waren der weiterhin stark beeinträchtigte Reiseverkehr und die durch gestiegene Energiepreise beeinflusste negative Güterbilanz ausschlaggebend. Österreichische Technologiedienstleistungen

Tabelle 4

Österreichische Leistungsbilanz

	2021	2022	2023	2024
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Handelsbilanz	0,2	1,1	1,6	2,2
Güterbilanz	-0,4	-0,8	-0,9	-0,4
Dienstleistungsbilanz	0,7	1,9	2,4	2,6
Primäreinkommensbilanz ¹	-0,1	-0,2	-0,2	-0,3
Sekundäreinkommensbilanz ²	-0,7	-0,5	-0,6	-0,8
Leistungsbilanz	-0,5	0,3	0,8	1,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

¹ Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Arbeitsentgelte, Einkommen aus Vermögensanlagen u. a.).

² Bilanz der laufenden Transfers.

stießen im Ausland auf eine wachsende Nachfrage und lösten den massiv eingebrochenen Tourismus als wichtigsten Exportsektor im Dienstleistungshandel vorerst ab. Für die Jahre 2022 bis 2024 wird wieder mit einer positiven Leistungsbilanz gerechnet, die sich im Zeitablauf langsam verbessert.

4.2 Privater Konsum von außerordentlich hoher Inflation belastet

Im Jahr 2021 ist der reale private Konsum mit 3,2 % sehr stark gewachsen, obwohl sich die Lockdowns im ersten und vierten Quartal primär auf den Konsum von Dienstleistungen negativ auswirkten. Der private Konsum im Aggregat wurde einerseits von einem konjunkturbedingten Anziehen der nominellen Haushaltseinkommen getrieben und andererseits durch das Auflösen von Erspartem finanziert, das im ersten Pandemiejahr 2020 zwangsläufig angesammelt wurde.⁴

Wir erwarten für das Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr (+2,7 %) mehr als eine Verdoppelung des Wachstums des aggregierten nominellen Haushaltseinkommens (+5,6 %). Hierfür zeichnen drei Faktoren verantwortlich: Die Beschäftigungs- und Lohnentwicklung wird noch stärker als im Vorjahr ausfallen, von den staatlichen Nettotransfers wird ein im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringerer negativer Wachstumsbeitrag erwartet und letztlich werden die Vermögenseinkommen, die selbstständigen Einkommen und die Betriebsüberschüsse von den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zwar in beträchtlichem Ausmaß betroffen sein, aber dennoch ein – wenn auch schwaches – Wachstum aufweisen. Über den weiteren

Tabelle 5

Determinanten des nominellen Haushaltseinkommens und Entwicklung des privaten Konsums in Österreich

	2021	2022	2023	2024
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Unselbstständig Beschäftigte	2,0	2,6	1,4	1,0
Löhne je Beschäftigten	3,2	3,6	5,3	3,6
Arbeitnehmerentgelt	5,3	6,4	6,7	4,7
Vermögenseinkommen	7,8	0,1	7,2	8,0
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	1,3	0,6	3,2	3,9
<i>Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens in Prozentpunkten</i>				
Arbeitnehmerentgelt	4,6	5,7	6,1	4,3
Vermögenseinkommen	0,5	0,0	0,5	0,6
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	0,2	0,1	0,5	0,6
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern ¹	-2,4	-0,8	-1,7	-0,7
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	2,7	5,6	5,0	4,7
Konsumdeflator	2,4	6,3	3,7	2,7
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	0,4	-0,6	1,3	2,0
Privater Konsum (real)	3,2	3,5	2,1	2,0
<i>in % des verfügbaren Haushaltseinkommens</i>				
Sparquote	11,8	8,2	7,4	7,4

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

¹ Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

⁴ Schneider und Sellner (2021) haben die Höhe der zwischen dem ersten Quartal 2020 und dem zweiten Quartal 2021 kumulierten Überschussersparnisse mit 10,8 Mrd EUR geschätzt.

Prognosehorizont werden die Arbeitnehmerentgelte durch die prozyklische Lohn-drift und die auf die Inflationsentwicklung verzögert reagierenden höheren Kollektivvertragslohnabschlüsse weiter unterstützt. Zusätzlich erholen sich die Vermögenseinkommen, die selbstständigen Einkommen und die Betriebsüberschüsse wieder leicht. Dies führt zu Steigerungsraten des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens in den Jahren 2023 und 2024 von im historischen Vergleich überdurchschnittlichen 5,0 % beziehungsweise 4,7 % (Durchschnitt 2000 bis 2021: 2,8 %).

Die außerordentlich hohen HVPI-Inflationsraten in allen drei Prognosejahren belasten trotz der starken Dynamik des nominellen Haushaltseinkommens die Entwicklung des real verfügbaren Haushaltseinkommens deutlich. Dabei ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um das aggregierte Haushaltseinkommen laut VGR handelt. Tatsächlich konsumiert jeder einzelne Haushalt einen individuellen Warenkorb und ist daher auch mit einer individuellen Inflationsrate konfrontiert, worauf in Kasten 2 genauer eingegangen wird. In Summe wird das real verfügbare Haushaltseinkommen im Jahr 2022 schrumpfen (-0,6 %) und in den Jahren 2023 und 2024 um 1,3 % beziehungsweise 2,0 % wachsen. Der private reale Konsum wird 2022, wie auch schon im Vorjahr, teilweise aus einem Abbau der während der Pandemie angehäuften Überschussersparnisse finanziert und mit 3,5 % noch deutlicher als im Jahr 2021 zulegen. 2023 (2,1 %) und 2024 (2,0 %) wird das Wachstum zwar schwächer ausfallen als im Jahr 2022, im historischen Vergleich aber immer noch hoch sein (2000 bis 2021: 0,9 %). Trotz dieser hohen Wachstumsraten wird der Konsum noch bis Ende 2023 unter dem Vorkrisenniveau verbleiben. Im Jahr 2022 sinkt die Sparquote gegenüber dem Jahr 2021 und geht 2023 mit 7,4 % in etwa wieder auf ihr Vorkrisenniveau zurück (2015 bis 2019: 7,6 %).

Kasten 2

Zur Verteilung der Inflationsraten auf Haushaltsebene⁵

Inflation soll messen, ob und wie stark sich die Kaufkraft des Geldes über die Zeit verändert. Das ist nur unzureichend möglich, da sich relative Preisänderung zwischen Gütern nicht klar vom Verlust an Kaufkraft trennen lassen und auch Änderungen der Qualität von Gütern und Dienstleistungen nur bedingt berücksichtigt werden können. Schon John Maynard Keynes fiel (in dessen 1930 erschienenen Werk „A Treatise on Money“) auf, dass eine Aggregation dieser Veränderung der Kaufkraft nur auf Basis von sehr arbiträren Annahmen zu bewerkstelligen ist.

Die Inflationsrate wird im Aggregat auf Basis der Konsumerhebung in Kombination mit Preiserhebungen berechnet. Da jeder Haushalt mit dem Gewicht seiner Konsumausgaben in die Berechnung des aggregierten Verbraucherpreisindex eingeht, sind ausgabenstärkere Haushalte in der aggregierten Inflationsrate stärker gewichtet. Tatsächlich hat jedoch jeder einzelne Haushalt einen anderen Warenkorb und ist daher auch mit einer anderen Inflationsrate konfrontiert. In dieser Box illustrieren wir, mit welcher unterschiedlichen Inflationsraten private Haushalte in Österreich in den Jahren 2020 und 2021 konfrontiert waren. Die empirische Basis bilden die haushaltsspezifischen Warenkörbe und Inflationsraten auf Basis der Konsumerhebung 2019/2020 sowie der Preisdaten 2020/2021.⁶

⁵ Oesterreichische Nationalbank, Referat Forschung, pirmin.fessler@oenb.at, Referat Konjunktur, friedrich.fritzer@oenb.at und Referat Geldpolitik, mirjam.salish@oenb.at.

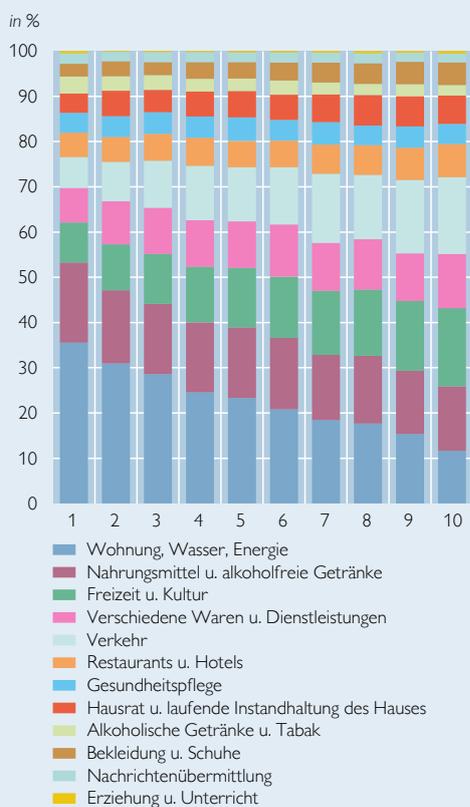
⁶ Die Konsumerhebung fand vor und während der ersten Monate der COVID-19-Pandemie statt und die verwendeten Daten beinhalten somit beide Zeitperioden. Hintergrund und Details dieses Ansatzes sind zu finden in: Fessler und Fritzer, 2013.

Die linke Abbildung in Grafik K2 zeigt die Warenkörbe der privaten Haushalte nach den Nettoeinkommensdezilen. Es zeigt sich, dass sich die Zusammensetzung der Warenkörbe in den einzelnen Einkommensdezilen stark voneinander unterscheidet. Während etwa Wohnung, Wasser und Energie rund 35 % der Ausgaben im ersten Einkommensdezil ausmachen, geben die 10 % der einkommensstärksten Haushalte im Durchschnitt weniger als 12 % für diese Kategorie aus. Im zur Inflationmessung herangezogenen Aggregat (in welches auch noch andere Daten einfließen), wurde für 2020 (2021) ein Gewicht von 14,1% (15,3%) verwendet, was deutlich unter dem Ausgabenanteil der einkommensschwächeren Haushalte liegt und über jenem der einkommensstärkeren Haushalte. Ausgaben für Verkehr hingegen sind im untersten Einkommensdezil eher gering (unter 7%) während sie im obersten Dezil rund 17% der Ausgaben ausmachen. Allein diese unterschiedliche Zusammensetzung auf Ebene der Dezile deutet schon daraufhin, dass die Inflationsraten, mit der einzelne Haushalte konfrontiert sind, je nach Lebenssituation und damit verbundenem Ausgabenprofil sehr unterschiedlich sein können. So sind beispielsweise einkommensschwächere Haushalte überdurchschnittlich von den derzeit markanten Steigerungen bei Haushaltsenergie (Strom, Gas und Heizöl) betroffen. Die Inflationsrate für Wohnung, Wasser und Energie war 2020 noch leicht rückläufig und lag im Jahresdurchschnitt bei 2,1%, stieg jedoch im Jahr 2021 von 2,3% auf 5,1% an (und lag im Jahresdurchschnitt 2021 bei 3,2%). Die aktuell hohen Inflationsraten bei Treibstoffen oder Fernreisen treffen hingegen einkommensstärkere Haushalte aufgrund ihres Warenkorbes relativ stärker. Während die Inflationsrate für Verkehr im Jahr 2020 mit -1,9% noch negativ war, lag diese 2021 im Jahresdurchschnitt bei 5,9%.

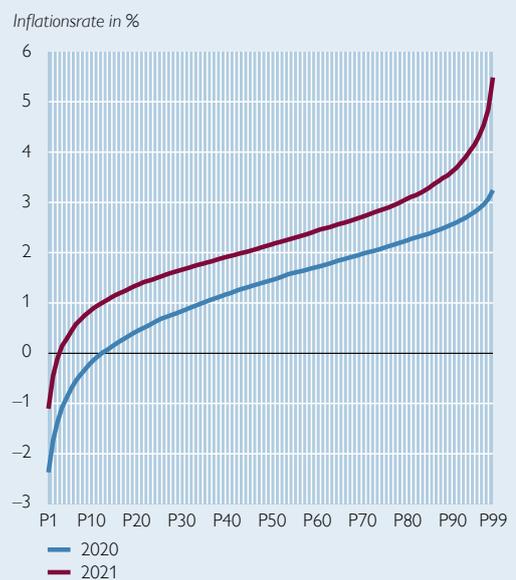
Grafik K2

Inflationsanalyse auf Haushaltsebene

Warenkörbe nach Nettohaushalts-einkommensdezilen



Verteilung der Inflationsraten auf Haushaltsebene



Quelle: OeNB.

Einen Aufschluss darüber wie groß die Unterschiede der Inflationsraten der österreichischen Haushalte sind, gibt die rechte Abbildung in Grafik K2. Diese reiht die Haushalte nach der Höhe ihrer individuellen Inflationsraten und teilt sie anhand von Perzentilen⁷ in 100 gleich große Gruppen auf. Es ist zu erkennen, dass die Inflation 2021 insgesamt deutlich höher ausfiel als 2020. Der Median lag im Jahr 2020 bei 1,4% und im Jahr 2021 bei 2,2%. Die Unterschiede der Inflationsrate zwischen den einzelnen Haushalten innerhalb eines Jahres sind deutlich größer als die Unterschiede zwischen den Jahren im Aggregat.

Die Variation der Inflationsraten ist beachtlich. Zudem zeigen Analysen nach dem Einkommen, dass eine rein einkommensseitige Betrachtung zu kurz greift. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle einkommensschwächeren Haushalte aufgrund durchschnittlich geringerer Ausgaben dieser Gruppe für Verkehr im Jahr 2021 weniger von den hohen Preissteigerungsraten betroffen waren als Haushalte mit mittleren oder hohen Einkommen. Sollen Unterstützungsmaßnahmen für Haushalte, die mit besonders hoher Inflation zu kämpfen haben, zielgerichtet sein, müssen die relevanten sozioökonomischen Charakteristika (Zusammensetzung des Haushalts, Wohn- und Arbeitssituation, Region) genauer identifiziert und berücksichtigt werden.⁸

4.3 Investitionswachstum durch Ukraine-Krieg gebremst, aber noch robust

2021 sind die realen Bruttoanlageinvestitionen im Zuge des Aufholprozesses nach dem pandemiebedingten Einbruch 2020 um 4,0% gewachsen. Das Wachstum wurde von den Ausrüstungs- (4,1%), den Tiefbau- (4,2%), den Investitionen in Forschung und Entwicklung (5,0%) und den öffentlichen Investitionen getragen (7,4%). Die Dynamik der weniger konjunkturreagiblen Wohnbauinvestitionen war niedriger, aber immer noch robust (2,3%).

Die Ausrüstungsinvestitionen profitierten von der lebhaften Exportentwicklung und wurden von der Investitionsprämie unterstützt, die auch 2022 noch stützend wirken wird. Die Industriekonjunktur war zu Jahresbeginn immer noch ausgezeichnet, die hohen Energiepreise, die allgemeine Unsicherheit aufgrund des Ukraine-Kriegs, das erwartete Anziehen der Finanzierungskosten und die erneut stärker dämpfenden Lieferengpässe⁹ wirken auf die weitere Investitionstätigkeit aber bremsend. Ein schnellerer Umstieg auf alternative Energieformen im Produktionsprozess könnte zu einem größeren Bedarf an Ersatzinvestitionen führen. Insgesamt erwarten wir bei den Ausrüstungsinvestitionen eine immer noch robuste, jedoch abnehmende Dynamik. Bei den realen F&E-Investitionen wird, nach einem schwächeren Wachstum aufgrund der hohen Unsicherheiten im Jahr 2022, im Einklang mit dem langfristigen Wachstumstrend von einer steigenden Wachstumsdynamik ausgegangen.

Die realen Wohnbauinvestitionen entwickelten sich im Jahr 2021 mit einem Wachstum von 2,3% immer noch sehr dynamisch. Der Fundamentalpreisindikator der OeNB für Wohnimmobilien zeigt aber, dass sich die Abweichung der Preise von den Fundamentalfaktoren weiter beschleunigt hat (OeNB, 2022c). Zudem

⁷ Das bedeutet, dass 1 der Haushalte mit einer Inflationsrate kleiner dem ersten Perzentil (P1) konfrontiert waren, während 10 der Haushalte eine höhere Inflationsrate als jene von P90 aufweisen.

⁸ Eine entsprechende Analyse der OeNB ist in Vorbereitung und wird in einem Sonderheft der OeNB-Publikation *Monetary Policy & the Economy* im Herbst 2022 erscheinen (Fessler, Fritzer und Salish, 2022 – im Erscheinen).

⁹ Die Unterbrechungen der internationalen Lieferketten führten laut Schätzungen der OeNB (Sellner, 2022) zu einem Verlust der gesamten Wirtschaftsleistung in Österreich von etwa 2 Mrd EUR beziehungsweise zu einem um 0,5 Prozentpunkte geringeren BIP im Jahr 2021.

Investitionen in Österreich

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	4,0	2,3	2,2	2,1
davon:				
Ausrüstungsinvestitionen	4,1	3,8	2,9	2,4
Wohnbauinvestitionen	2,3	1,3	1,2	1,0
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	4,2	1,6	1,6	1,6
Investitionen in Forschung und Entwicklung	5,0	2,1	2,6	3,0
Öffentliche Investitionen	7,4	-0,9	2,1	2,1
Private Investitionen	3,5	2,8	2,2	2,1
	in Prozentpunkten			
Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen				
Ausrüstungsinvestitionen	1,3	1,2	0,9	0,8
Wohnbauinvestitionen	0,5	0,3	0,2	0,2
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	1,1	0,4	0,4	0,4
Investitionen in Forschung und Entwicklung	1,1	0,5	0,6	0,7
Öffentliche Investitionen	1,0	-0,1	0,3	0,3
Private Investitionen	3,0	2,5	1,9	1,8
Beiträge zum Wachstum des realen BIP				
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	1,0	0,6	0,5	0,5
Lagerveränderungen	0,5	0,4	0,2	0,0
	in % des nominellen BIP			
Investitionsquote	25,6	25,6	25,6	25,6

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

klings der in den letzten Jahren beobachtete Boom im Wohnbau langsam ab.¹⁰ Vor diesem Hintergrund und aufgrund des schwächer werdenden Bevölkerungswachstums gibt es 2022 österreichweit bereits ein Überangebot von knapp 30.000 Wohnungen. In Verbindung mit Engpässen bei Baumaterialien, den in Kraft tretenden verschärften Vergabestandards für Wohnimmobilienkredite und Zinsanstiegen ist ein Auslaufen des Booms im Wohnbau zu erwarten. Auch für die Tiefbauinvestitionen wird eine schwächere Dynamik als im Vorjahr prognostiziert.

In Summe werden die realen Bruttoanlageinvestitionen 2022 um 2,3% zulegen und sich danach nur geringfügig abschwächen. Im Vergleich zu den sehr starken Investitionszuwächsen in den fünf Jahren vor der COVID-19-Pandemie (Durchschnitt 2015 bis 2019: 4,0%) fällt das Investitionswachstum verhalten aus, im langfristigen Durchschnitt ist es aber immer noch hoch. Die Investitionsquote wird daher über den gesamten Prognosezeitraum auf dem hohen Niveau von 25,6% aus dem Jahr 2021 verharren.

5 Deutlicher Reallohnverlust 2022, Arbeitslosigkeit sinkt kontinuierlich

Das Jahr 2021 war von einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung und einem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Bereits im August 2021 wurde das Beschäftigungsniveau vom Februar 2020 erreicht. Gleichzeitig war der Arbeitsmarkt zunehmend von Facharbeitermangel und regionalem Mismatch

¹⁰ Die Rekordzahl an Wohnungsfertigstellungen der Jahre 2019 und 2020 wurde 2021 nochmals übertroffen, ab 2022 ist aber mit einer rückläufigen Anzahl an Fertigstellungen zu rechnen.

bestimmt (Stiglbauer, 2022), die unter anderem durch die demografische Entwicklung und durch strukturelle Folgen der COVID-19-Pandemie verstärkt wurden. Dies verschärfte die bereits bestehenden Arbeitsmarktungleichgewichte und ließ die Anzahl an offenen Stellen auf ein Rekordniveau ansteigen. Die Gesamtbeschäftigung laut VGR ist im Jahr 2021 um starke 2,1 % gewachsen, die unselbstständige Beschäftigung um 2,0 %. Zu Beginn des zweiten Quartals 2022 ist die Arbeitsmarktentwicklung von einer Seitwärtsbewegung gekennzeichnet.

Für das Jahr 2022 wird nochmals ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung erwartet (2,6 %), wobei unterstellt wird, dass es zu keinem weiteren Lockdown im Tourismus und Gastgewerbe kommen wird. Obwohl für den Prognosezeitraum von einer nachlassenden Dynamik ausgegangen wird, wird das Beschäftigungswachstum auch 2024 (1,0 %) nicht unter den langjährigen Durchschnitt fallen.

Das Wachstum des Arbeitsangebots wird im Prognosezeitraum aufgrund der demografischen Entwicklung an Dynamik verlieren. Die Entwicklung der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Migration ist rückläufig. Dies wird aber durch Migration und eine steigende Partizipationsrate immer noch mehr als ausgeglichen. Im Arbeitsangebot berücksichtigt finden sich kumuliert über die drei Prognosejahre zusätzlich 38.000 aus der Ukraine geflüchtete Personen, die in Österreich Arbeit suchen, aber das Aggregat nur wenig beeinflussen.¹¹ Der Arbeitsmarkt wird angespannt bleiben und die Arbeitslosenquote weiter sinken. Die Arbeitslosenquote nach AMS-Definition betrug im Jahr 2021 8,0 %. Für das Jahr 2022 wird ein deutlicher Rückgang auf 5,9 % erwartet. Bis 2024 wird sie weiter auf 5,1 % sinken. Damit liegt die Arbeitslosenquote zum Ende des Prognosehorizonts deutlich unter ihrem Vorkrisenniveau (2019) von 7,4 %.

Vor dem Hintergrund des pandemiebedingten Wirtschaftseinbruchs und der niedrigen Inflation fielen die im Herbst 2020 ausverhandelten Tariflohnanstiege für das Jahr 2021 mit 1,7 % relativ moderat aus. Die starke wirtschaftliche Erholung

Tabelle 7

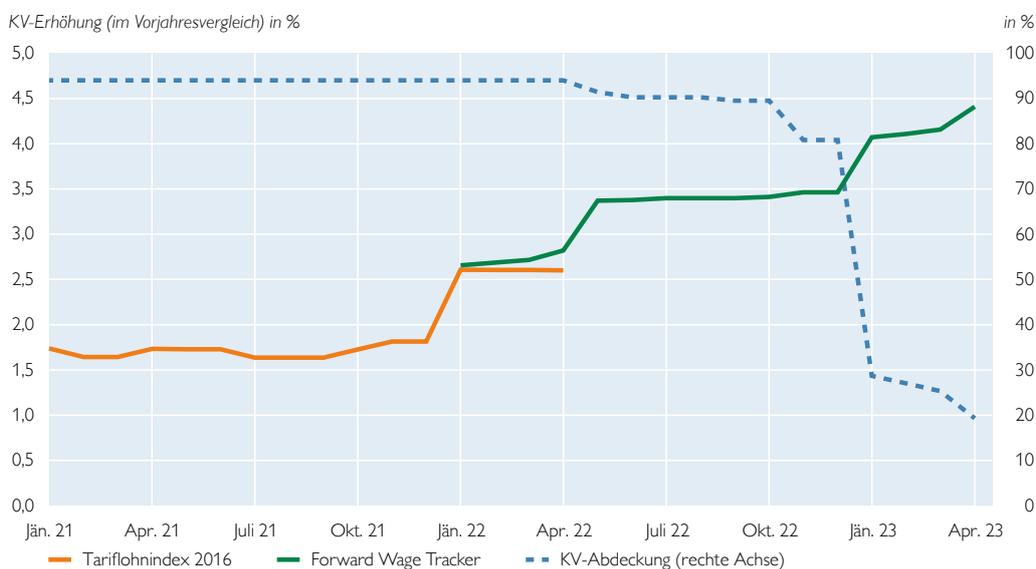
Arbeitsmarktentwicklung in Österreich

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Gesamtbeschäftigung (Personen)	2,1	2,6	1,3	1,0
Unselbstständig Beschäftigte	2,0	2,6	1,4	1,0
davon: öffentlich Beschäftigte	0,5	0,5	0,1	0,1
Selbstständig Beschäftigte	2,6	1,9	0,9	0,6
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	5,0	3,4	2,2	1,1
Unselbstständig Beschäftigte	5,7	3,7	2,4	1,2
Selbstständig Beschäftigte	1,8	2,0	1,3	0,6
Arbeitskräfteangebot	2,1	1,5	1,0	0,7
Vorgemerkte Arbeitslose	3,2	-15,7	-4,7	-4,5
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Arbeitslosenquote				
gemäß Eurostat	6,2	5,1	4,9	4,6
gemäß AMS	8,0	5,9	5,4	5,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

¹¹ Ende Mai waren laut Bundesministerium für Inneres etwa 72.000 ukrainische Flüchtlinge in Österreich registriert, von denen sich 51.000 in der staatlichen Grundversorgung befanden.

Tariflohnentwicklung und „Wage Tracker“



im Jahr 2021 und die in der zweiten Jahreshälfte gestiegene Inflation führten zu Abschlüssen für das Jahr 2022 in der Höhe von durchschnittlich 3,2 % (siehe OeNB „Wage Tracker“¹² in Grafik 2). Für das Jahr 2023 ist inflationsbedingt mit deutlich höheren Abschlüssen zu rechnen. So deutet der *Wage Tracker* für April 2023 bereits rund 4,5 % an. Die Abschlüsse dürften aufgrund der starken Dynamik jedoch noch etwas darüber liegen und werden mit 5,1 % angenommen. 2024 wird das Wachstum der Kollektivvertragslöhne wieder an Dynamik verlieren.

Vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden Arbeitskräftemangels nehmen Überbezahlungen und Überstunden immer noch zu und führen bis 2024 zu einer positiven, aber abnehmenden Lohndrift. Die Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten werden 2022 nominell um 3,6 %, 2023 um 5,3 %, und 2024 um 3,6 % zunehmen. Aufgrund der sehr hohen Inflation sinken die Nettoreallöhne pro Kopf 2022 um 2,1 %. Im historischen Vergleich brachen die realen Nettolöhne pro Kopf zuletzt im Jahre 1997 mit 2,7 % stärker ein (siehe linke Abbildung in Grafik 3). Damals trugen, wie vor 2000 oft beobachtbar, die steigende Lohnsteuer bzw. Abgabenerhöhungen zu diesem Rückgang bei. 2022 dämpfen Steuern und Abgaben hingegen den Rückgang etwas ab. Wird zudem der starke Beschäftigungszuwachs 2022 berücksichtigt, so ergibt sich insgesamt ein Anstieg der realen Arbeitnehmerentgelte um 0,5 % (siehe rechte Abbildung in Grafik 3).

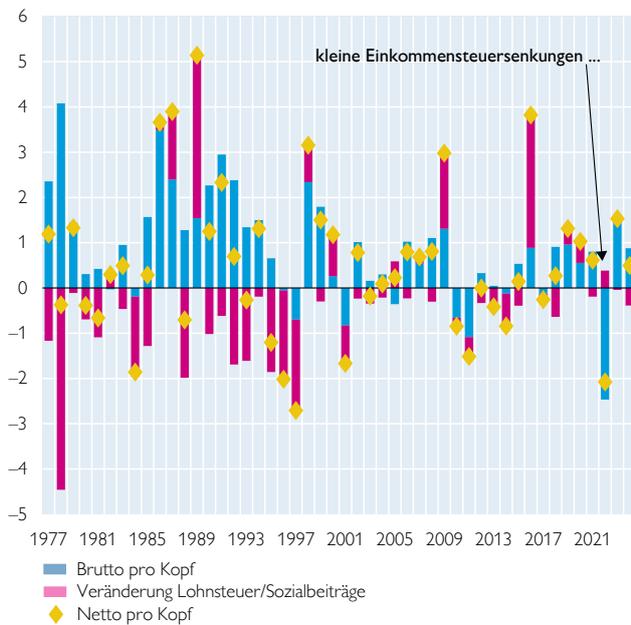
In den Jahren 2023 und 2024 steigen die realen Nettolöhne pro Kopf mit 1,5 % und 0,5 % wieder an, auch pro Stunde ergeben sich leichte Zugewinne. Die Lohnquote, die 2021 50,3 % betragen hatte, wird 2022 auf 49,7 % sinken und auch 2024 noch etwas unter dem Wert von 2021 liegen.

¹² Der OeNB-Wage Tracker extrapoliert durchschnittliche Kollektivvertragslohnsteigerung je Monat zwölf Monate in die Zukunft. Er basiert auf 126 KV-Abschlüssen seit Beginn der Herbstlohnrunde 2021. Die Beschäftigungsgewichtung erfolgt laut ÖNACE-4-Stellern.

Reale Arbeitnehmerentgelte

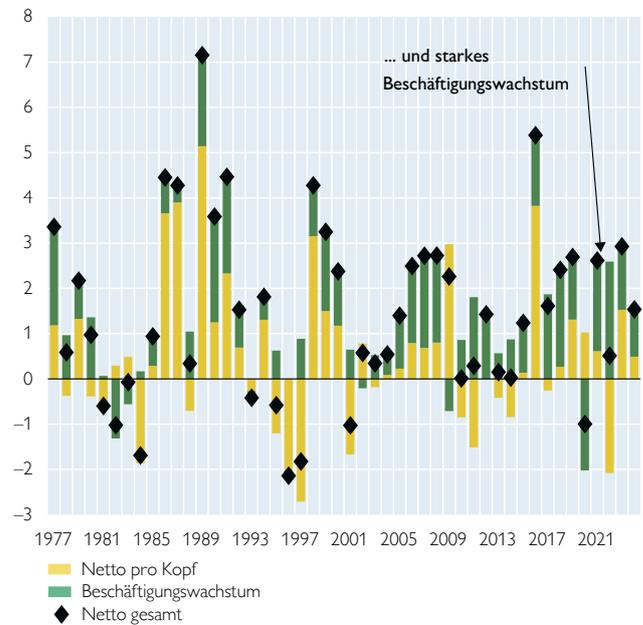
pro Kopf

Veränderung zum Vorjahr in %



gesamt

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Tabelle 8

Arbeitnehmerentgelte

	2021	2022	2023	2024
Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttolohnsumme¹				
Nominell	5,3	6,4	6,7	4,7
Konsumdeflator	2,4	6,3	3,7	2,7
Real	2,9	0,1	3,1	2,0
Kollektivvertragslöhne ¹	1,7	3,2	5,1	3,5
Lohndrift	1,5	0,4	0,2	0,1
Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten				
Brutto ² , nominell	3,2	3,6	5,3	3,6
Brutto, real	0,9	-2,6	1,6	0,9
Netto ³ , real	0,6	-2,1	1,5	0,5
Arbeitnehmerentgelt je Stunde				
Brutto, nominell	-0,6	2,6	4,3	3,4
Brutto, real	-3,1	-3,7	0,6	0,7
in % des nominellen BIP				
Lohnquote	50,3	49,7	50,0	50,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

¹ Gesamtwirtschaft.

² Inklusive Dienstgeberbeiträge.

³ Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

6 Inflationsrate steigt 2022 auf 6,2% – trotz eines Rückgangs bleibt die Inflation bis 2024 über der Zielmarke von 2,0%

Der im Februar 2022 ausgebrochene Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat die Preise von Energie und nichtenergetischen Rohstoffen und darunter insbesondere Nahrungsmittelrohstoffen deutlich verteuert. Auch das Vertrauen sowohl der Konsumentinnen und Konsumenten als auch der Unternehmen wurden geschwächt. Die ökonomischen Effekte des militärischen Konfliktes hängen von dessen Dauer und den gegen Russland verhängten Sanktionen ab. Die aktuelle Prognose geht davon aus, dass der militärische Konflikt noch bis Ende des Jahres anhalten wird, aber keine Rationierungen bei Energieträgern erfolgen müssen. Zudem sollten sich die weltweiten Angebotsengpässe bis Ende 2023 auflösen. Die Risiken der Inflationsprognose sind überwiegend aufwärtsgerichtet. Insbesondere eine Intensivierung des Kriegs in der Ukraine sowie mögliche Einschränkungen der Energielieferungen bis hin zu einem gänzlichen Lieferstopp sind die größten Risikofaktoren. Aufgrund dessen wurde ein „Downside-Szenario“ berechnet, das mögliche Effekte dieser Risikofaktoren abbildet (siehe Kasten K1).

Im Basisszenario wird in der aktuellen Prognose ein Anstieg der HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 auf 6,2% erwartet, gefolgt von einem Rückgang auf 3,6% im Jahr 2023 bzw. 2,7% im Jahr 2024 (Grafik 4, Tabelle 9). Damit wurde die Teuerungsrate gegenüber der Prognose der OeNB vom Dezember 2021 um 3,0 Prozentpunkte, 1,3 Prozentpunkte und 0,7 Prozentpunkte nach oben revidiert. Auch gegenüber der letzten Prognose der OeNB vom April dieses Jahres¹³ wurde über den gesamten Prognosehorizont nach oben revidiert: 2022 um 0,6 Prozentpunkte, 2023 um 0,7 Prozentpunkte bzw. 2024 um 0,5 Prozentpunkte. Im Jahr 2022 führen die Beschleunigung der Preise von Nahrungsmittelrohstoffen wie auch die Intensivierung der Angebotsengpässe aufgrund des militärischen Konflikts in der Ukraine zur Aufwärtskorrektur der Projektion. In den Jahren 2023 und 2024 sollten vor allem die zu erwartenden höheren Lohnabschlüsse zu einer Kerninflationsrate führen, die deutlich über jener der letzten Projektion liegt.

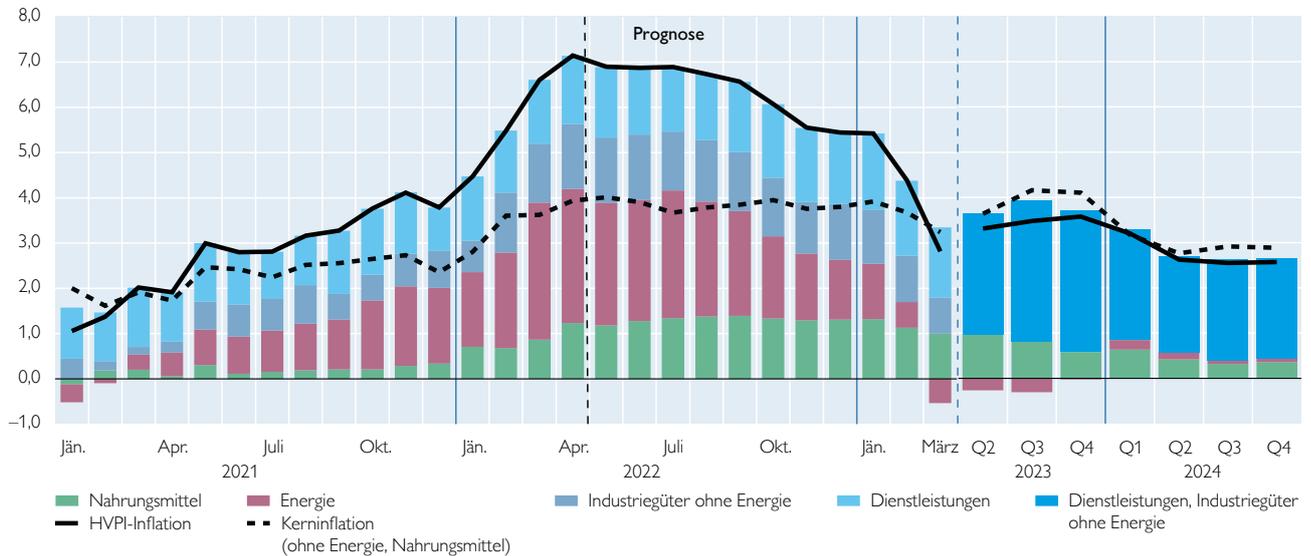
Der militärische Konflikt in der Ukraine hat die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe deutlich in die Höhe getrieben, sodass 2022 und auch 2023 weit überdurchschnittliche Inflationsraten bei Nahrungsmitteln zu erwarten sind. Auch bei Industriegütern ohne Energie ist mit anhaltendem Preisdruck zu rechnen, da der Anstieg der Erzeugerpreise in der verarbeitenden Industrie ungebrochen anhält. Die Preisanstiege bei Dienstleistungen werden durch die steigende Nachfrage und indirekte Effekte der Energiepreisentwicklung angetrieben. Zudem sollten Preissteigerungen bei Mieten die Inflationsrate im Dienstleistungssektor anheben. Die infolge der militärischen Auseinandersetzung erwartete Eintrübung des Konsumentenvertrauens wird den Inflationsdruck im Jahr 2022 bei weitem nicht ausgleichen. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation wird 2022 auf 3,7% und 2023 aufgrund höherer Lohnabschlüsse weiter auf 3,9% ansteigen. Erst 2024 wird die Kerninflationsrate auf 2,9% sinken, damit aber deutlich über dem langfristigen Durchschnitt bleiben.¹⁴ Im Vergleich zur letzten Projektion

¹³ Im Rahmen eines Interimsupdates ihrer Prognose Anfang April 2022 hat die OeNB noch eine Inflationsrate von 5,6% für das Jahr 2022, 2,9% für 2023 und 2,2% für 2024 erwartet (Fritzer und Salish, 2022).

¹⁴ Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag in den Jahren 1999 bis 2019 bei durchschnittlich 1,7%.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

wurde die Kerninflationsrate 2022 um 0,4 Prozentpunkte, jene für 2023 um einen Prozentpunkt sowie jene für 2024 um 0,7 Prozentpunkte nach oben korrigiert.

Laut den gegenwärtigen Annahmen erreichen die Terminnotierungen für Rohöl im Juni 2022 ihren Höhepunkt. Die Terminnotierungen der Großhandelspreise für Gas und Elektrizität gehen zwar bis 2024 etwas zurück, bleiben aber deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt. Infolgedessen wird die Jahresinflation von Energie für 2022 27,9% betragen. Für die Jahre 2023 bzw. 2024 wird mit einem Rückgang der Energiepreisinflation auf $-0,7\%$ bzw. $1,5\%$ gerechnet (Tabelle 9). Das vom Nationalrat im März beschlossene Energiepaket enthält Senkungen der Elektrizitäts- und der Gasabgabe bis Mitte 2023. Alle fiskalpolitischen Maßnahmen (Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe bis Mitte 2023, Aussetzung der Ökostrompauschale und des Ökostromförderbeitrags in den Jahren 2022 und 2023 sowie die Anhebung der CO₂-Bepreisung) dürften die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 um rund 0,2 Prozentpunkte dämpfen (die Energiepreisinflation um rund 2,4 Prozentpunkte), 2023 und 2024 aber einen inflationssteigernden Effekt auf die HVPI-Inflationsrate von jeweils 0,3 Prozentpunkten haben (bzw. die Energiepreisinflation um 3,2 Prozentpunkte sowie 3,5 Prozentpunkte anheben).

Die Inflationsrate von Dienstleistungen ist seit Jahresbeginn von 3,1% auf 3,4% im April 2022 angestiegen. In den nächsten Monaten wird sich die Inflationsrate im Dienstleistungssektor weiter beschleunigen. Dies wird auch durch die kurzfristigen Preiserwartungen der Dienstleistungsunternehmen bestätigt, die derzeit teilweise deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt liegen. Die Preiserwartungen der Gastronomieunternehmen für die nächsten drei Monate erreichten zuletzt historische Höchstwerte. Die hohen Energiekosten dürften auch im Dienstleistungssektor zunehmend an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben

OeNB-Inflationsprognose vom Juni 2022

	Prognose				Revisionen gegenüber März 2022		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	in %				in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	2,8	6,2	3,6	2,7	0,6	0,8	0,5
Nahrungsmittel insgesamt	1,1	6,7	5,0	2,5	2,2	0,3	0,2
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	2,2	7,3	x	x	3,7	x	x
davon verarbeitete Nahrungsmittel	0,8	6,6	x	x	1,8	x	x
Industriegüter ohne Energie	1,9	4,2	x	x	1,0	x	x
Energie	10,8	27,9	-0,7	1,5	-0,9	-0,8	-0,7
Dienstleistungen	2,5	3,4	x	x	0,0	x	x
HVPI ohne Energie	2,1	4,3	4,1	2,8	0,8	0,9	0,6
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,3	3,7	3,9	2,9	0,4	1,0	0,7
Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors	in Prozentpunkten						
Gesamt	0,2	0,1	0,5	0,5	-0,2	-0,2	0,3
davon indirekte Steuern	0,0	-0,2	0,3	0,3	-0,3	0,2	0,2
davon administrierte Preise	0,2	0,3	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Der gesamte Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors wurde auf der Basis von gerundeten Teilbeiträgen ermittelt.

werden. Zudem gibt die erwartete starke Nachfrage aufgrund der Lockerungen der Pandemiemaßnahmen den Unternehmen die Möglichkeit Preiserhöhungen vorzunehmen. Im April erfolgt außerdem die Anhebung der Richtwert- und Kategoriemieten, was ebenfalls zur Aufwärtsentwicklung der Dienstleistungsinflation beitragen wird. Dies dürfte die Dienstleistungsinflation um rund 0,2 Prozentpunkte sowie die HVPI-Inflationsrate um rund 0,1 Prozentpunkt anheben.¹⁵ Im Jahresdurchschnitt 2022 wird im Dienstleistungssektor mit einer Inflationsrate von 3,4% gerechnet.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie ist im April 2022 auf 4,7% angestiegen und damit fast sechsmal so hoch wie im langfristigen Durchschnitt (1999 bis 2019: 0,8%). Ausschlaggebend dafür waren die Preissteigerungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen sowie die hohen Energiekosten. Für 2022 wird im Industriegütersektor ohne Energie eine Jahresinflationsrate von 4,2% erwartet. Vor allem bei langlebigen Konsumgütern wie Fahrzeugen und Möbeln wird mit einem anhaltenden Preisdruck gerechnet. Die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine bringt weitere Lieferengpässe mit sich. Unternehmen dürften aufgrund der starken Nachfrage in der Lage sein, die Kostensteigerungen schneller und in einem größeren Ausmaß an die Endverbraucherinnen und -verbraucher weiterzugeben. Zu der starken Nachfrage tragen auch die während der COVID-19-Pandemie angesammelten Überschussersparnisse bei.

Bei Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) erwarten wir einen Anstieg der Teuerungsrate von 1,1% im Jahr 2021 auf 6,7% im Jahr 2022 – es kommt somit zu mehr als einer Verdreifachung des langfristigen Durchschnitts.

¹⁵ Diese Erhöhungen fließen in den HVPI zeitverzögert ein, da die Preise für Wohnungsmieten dem „Mikrozensus Wohnungserhebung“ entnommen werden. Die quartalsweise durchgeführte Mikrozensushebung liegt zirka drei Monate nach dem Ende des Erhebungsquartals vor.

Auch 2023 wird mit einer überdurchschnittlichen Nahrungsmittelinflationsrate von 5,0 % gerechnet. Erst 2024 sollte die Teuerung auf 2,5 % sinken und damit nur mehr leicht über ihrem langfristigen Mittelwert liegen. Für den Inflationsanstieg im Jahr 2022 und 2023 sind einerseits steigende Preiserwartungen für globale Agrarrohstoffe verantwortlich, andererseits hohe Energiekosten. Zudem haben sich Düngemittel spürbar verteuert, da die chemische Industrie besonders stark von Erzeugerpreissteigerungen und Lieferengpässen betroffen ist. Die aufgrund des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine zu erwartenden Angebotsausfälle bei Agrarrohstoffen dürften die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel und in der Folge auch die Verbraucherpreise weiter anheizen.

Kasten 3

Ist mit einer Stagflation wie in den 1970er-Jahren zu rechnen? ¹⁶

Müssen wir uns in Österreich im Laufe des Jahres 2022 aufgrund des derzeitigen Zusammenspiels eines erheblichen Preisdrucks, ausgeprägter Energiepreisschocks und erhöhter Unsicherheit auf eine Stagflation wie in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren einstellen? Im öffentlichen Gedächtnis mögen die genannten Dekaden tatsächlich stark mit stagflationären Tendenzen in Verbindung stehen. Dieses vorherrschende Narrativ scheint allerdings von damaligen Erfahrungen aus anderen Regionen, wie etwa den USA, geprägt zu sein. Für Österreich im Speziellen zeigt uns das Spiegelkabinett der Vergangenheit für die 1970er- und frühen 1980er-Jahre ein konträres Bild.

Der so genannte Stagflationsindex berechnet sich aus der Summe der jährlichen Inflationsrate und der entsprechenden Arbeitslosenquote. Betrachtet man die Entwicklung dieser einfachen Messgröße im Zeitraum zwischen 1969 und 1981, so zeigt sich, dass die österreichische Volkswirtschaft während des genannten Zeitraums wesentlich besser abschnitt als etwa der Durchschnitt des OECD-Raums insgesamt (siehe Grafik K3). Insbesondere nach 1974, als die Folgen des ersten Ölpreisschocks begonnen hatten sich negativ auf die weltweite Konjunktur auszuwirken, ist eine deutliche und stetig zunehmende Divergenz zwischen Österreich und dem OECD-Raum in Form eines Stagflationsindex-Spreads ersichtlich. Kumulativ beträgt dieser Spread für die Jahre 1974 bis 1981 zusammen immerhin fast 60 Prozentpunkte.

Was erklärt das scheinbare Ausbleiben einer ausgeprägten Stagflation in Österreich in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren? Nach Seidel (1982) trug ein besonderer, wirtschaftspolitischer Policy-Mix, der sogenannte „Austro-Keynesianismus“, maßgeblich zur Hintanhaltung einer starken Stagflation in Österreich bei. Der Austro-Keynesianismus bestand im Kern aus einer Kombination von keynesianischer, antizyklischer Nachfragepolitik (deficit-spending), einer Hartwährungspolitik (ein starker Schilling mit stabilem Wechselkurs) und einer von den Sozialpartnern organisierten und durch Zurückhaltung geprägten Einkommenspolitik.

Die Grundidee dieses österreichischen Policy-Mix in den 1970er-Jahren war es, ausgeprägte Nachfrageimpulse zu setzen, um einen starken Einbruch des Wirtschaftswachstums und Arbeitslosigkeit zu verhindern (Nachfragepolitik), ohne aber dadurch Zweitrundeneffekte bzw. Lohn-Preis-Spiralen zu riskieren (Einkommenspolitik), während man gleichzeitig über einen fixen, relativ aufgewerteten Wechselkurs importierte Energiepreisschübe abzufedern gedachte (Hartwährungspolitik). Die Kehrseite des Austro-Keynesianismus waren höhere Budgetdefizite und ein Anstieg der Kreditaufnahme durch den Staat (vor allem im Ausland) sowie eine

¹⁶ Oesterreichische Nationalbank, Referat Geldpolitik, kilian.rieder@oenb.at.

Verschlechterung der Leistungsbilanz (der aber durch die Einkommenspolitik indirekt gegen-gesteuert wurde).¹⁷

Anstelle eines vermeintlichen Stagflationsszenarios wirft die österreichische Wirtschafts-geschichte vielmehr folgende Frage auf: Wie wahrscheinlich ist es, dass eine Stagflation in Österreich wie in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren vermieden werden kann? Hierbei sind folgende weitere Überlegungen zu berücksichtigen: Einerseits gibt es Gründe anzunehmen, dass sich grundsätzlich stagflationäre Schocks, wie etwa jene der 1970er-Jahre, heute weniger bedeutend auswirken. In diesem Zusammenhang könnten die gesunkene Energieintensität in der Volkswirtschaft und eine höhere Glaubwürdigkeit von Notenbanken im Vergleich zu den 1970er-Jahren als relevante Faktoren genannt werden. Zur Erhaltung dieser höheren Glaub-würdigkeit der Notenbanken ist aber auch ein rechtzeitiges geldpolitisches Gegensteuern not-wendig, wenn – wie aktuell – aufgrund wiederholt hoher Inflationsraten die mittel- und lang-fristigen Inflationserwartungen deutlich über das Inflationsziel zu steigen drohen.

Grafik K3

Stagflationsindex (VPI-Inflationsrate + Arbeitslosenquote)



Andererseits muss klar sein, dass Österreich – mit dem Verlust der Möglichkeit eine eigen-ständige Hartwährungspolitik zu führen – gegenwärtig der importierten Inflation weniger ent-gegensetzen kann als in den 1970er-Jahren. Dass eine derartige Strategie heutzutage immer noch wirkt, zeigt sich teilweise am Beispiel der Schweiz (Kaufmann, 2022). Zudem kann hinterfragt werden, wie konsensual die österreichische Einkommenspolitik heute noch funktio-niert, und welchen möglichen Einfluss der Status quo der sozialpartnerschaftlichen Verhält-nisse auf die Wahrscheinlichkeit von Zweitrundeneffekten in der nahen Zukunft ausüben könnte.

¹⁷ Kausale Aussagen zum vermeintlichen Erfolg des Austro-Keynesianismus sind naturgemäß schwierig, da ein über-zeugendes kontrafaktisches Szenario fehlt. Jedoch deutet die negative/niedrige Lohndrift in den in den Jahren 1974 bis 1981 auf eine moderate Lohnpolitik hin (Butschek, 1982). Ein Vergleich von Prognosen mit dem schluss-endlich erreichten Wirtschaftswachstum in Jahren mit besonders starker austro-keynesianischer Prägung (insbesondere 1975) könnte auch als Hinweis auf einen positiven Effekt der österreichischen Wirtschaftspolitik interpretiert werden (Lehner, 1982).

7 Budgetdefizit trotz Ukraine-Kriegs 2022 wieder unter 3% des BIP

2021 verbesserte sich der Budgetsaldo um etwa 2 Prozentpunkte auf $-5,9\%$ des BIP (schwarze Linie in Grafik 5). Hauptgrund hierfür war die Wirkung der automatischen Stabilisatoren angesichts der einsetzenden konjunkturellen Erholung (rote Balken). Das Ausmaß an diskretionären Fiskalmaßnahmen stieg gegenüber 2020 sogar etwas an (dunkelblaue, hellblaue und gelbe Balken).

2022 wird das Budgetdefizit wieder unter 3% des BIP liegen. Dies liegt an den Effekten der fortgesetzten konjunkturellen Erholung. Zudem werden 2022 die in Kraft tretenden Energie-Pakete (rosa Balken) sowie die ökosoziale Steuerreform (grüne Balken) durch einen Rückgang der fiskalischen COVID-19-Maßnahmen (blaue Balken) mehr als kompensiert. Dies liegt insbesondere an den rückläufigen Ausgaben für Einkommensstützungen (insb. Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss/Ausfallbonus, Härtefallfonds) und Testungen. Der weitere Rückgang dieser Maßnahmen ist auch der Hauptgrund für die Verbesserung der Budgetsalden

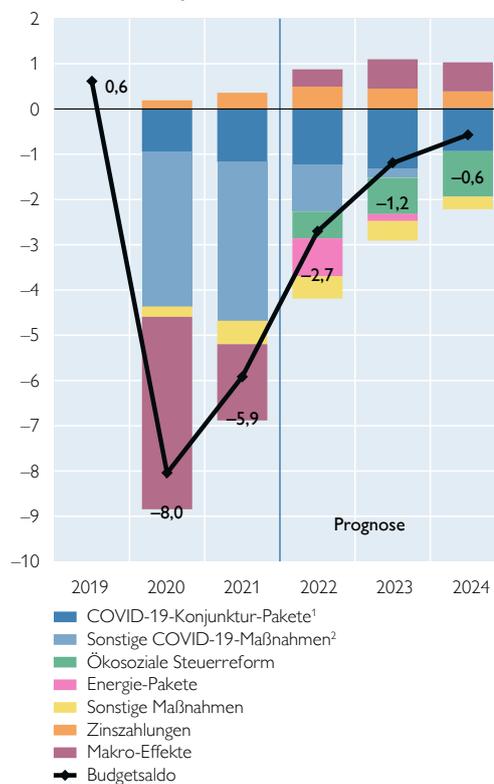
in den Jahren 2023 und 2024; zudem laufen die temporären Energie-Pakete wieder aus. Der Beitrag der automatischen Stabilisatoren liegt in diesen beiden Jahren auch noch etwas besser als 2022; gleichzeitig kommt es zu einem geringfügigen Anstieg der Zinsausgaben (orange Balken). Die staatlichen Mehreinnahmen aus dem erweiterten EU-Budget (v. a. aus dem Recovery Fund RRF) spielen eine vergleichsweise kleine Rolle für die Entwicklung des Budgetsaldos, da sich diese Einnahmen voraussichtlich über sechs Jahre verteilen und teilweise auch für zusätzliche Ausgaben verwendet werden.

Durch die wieder niedrigeren Budgetdefizite sowie das anhaltend hohe nominelle BIP-Wachstum wird die Staatsschuldenquote von 2022 bis 2024 relativ stark zurückgehen. Die Staatsschuldenquote wird 2022 auf knapp über 80% des BIP sinken und bis 2024 auf unter 75% des BIP zurückgehen. Dies liegt am sehr hohen nominellen BIP-Wachstum sowie den wieder niedrigeren Budgetdefiziten.

Grafik 5

Budgetsaldo und Veränderung zu 2019

in % des BIP bzw. Beiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹ Z. B. Steuersenkungen, Investitionsprämie.

² Z. B. Subventionen, Einkommensstützung, Testungen.

8 Ukraine-Krieg und weiterer Pandemieverlauf als wichtigste Prognoserisiken

Die international bestimmten Konjunkturrisiken dieser Prognose sind eindeutig abwärtsgerichtet. Das bedeutendste Abwärtsrisiko besteht hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Mögliche Auswirkungen weiterer Intensivierungen des Kriegs und der Spannungen des Westens mit Russland auf Österreich wurden bereits in Kasten 1 zu Beginn dieses Beitrags dargestellt. Ein zweites Abwärtsrisiko stellt die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie dar. Eine hohe Unsicherheit geht derzeit von den Omikron-Varianten BA.4 und BA.5 des Coronavirus aus, die vom *European Centre for Disease Prevention and Control* als „Variants of Concern“ eingestuft wurden. Sollte diese oder auch andere Mutationen zu einer höheren (Intensiv-)Hospitalisierungsrate führen, könnten diese trotz der in vielen Ländern schon sehr hohen Durchimpfungsraten striktere Eindämmungsmaßnahmen mit den entsprechenden wirtschaftlichen Auswirkungen zur Folge haben. Ein drittes wichtiges internationales Abwärtsrisiko stellen Entwicklungen in China dar. Die derzeitigen intensiven Lockdowns aufgrund der Zero-COVID-Strategie könnten länger als erwartet andauern und die bereits bestehenden internationalen Lieferschwierigkeiten verschärfen und die Wirtschaftstätigkeit in China mehr als erwartet dämpfen. Ein viertes Risiko stellt die Möglichkeit einer konjunkturellen Abkühlung in den *Emerging Markets* dar, die durch die im Frühjahr gestartete geldpolitische Straffung in den USA hervorgerufen werden könnte. Dem entgegen steht aus internationaler Perspektive ein mögliches früheres Ende der globalen Lieferengpässe. Dadurch würden sich die Wachstumsaussichten für Produktion, Warenexporte und Investitionen verbessern.

Die österreichspezifischen Konjunkturrisiken sind weitgehend ausgeglichen. Ein Abwärtsrisiko besteht hinsichtlich der weiteren Entwicklung von COVID-19, deren Auswirkungen auf die Spitalsauslastung und davon abhängig der Notwendigkeit erneuter gesundheitspolitischer Maßnahmen. Dem gegenüber stehen unterschiedliche zusätzliche fiskalpolitische Maßnahmen im Raum, welche die Auswirkungen der Preissteigerungen dämpfen und die Kaufkraft stützen sollen.

Für die Inflation überwiegen über den gesamten Prognosehorizont die aufwärtsgerichteten Risiken. Vor allem mittelfristig könnten notwendige Maßnahmen zur Erreichung des Ausstiegs aus russischem Gas und Öl und der Emissionsziele (CO₂-Neutralität) zu weiteren Preissteigerungen im Energiebereich führen. Ein Anstieg in den Inflationserwartungen sowie zusätzlicher Lohndruck aufgrund des Arbeitskräftemangels könnten zusätzlich zu nicht in dieser Prognose berücksichtigten Preisanstiegen führen.

9 Stärkeres Wachstum zu Jahresbeginn 2022 und schlechteres außenwirtschaftliches Umfeld treiben Prognoserevisionen

Die Konjunkturprognose für das Jahr 2022 wurde trotz des Ukraine-Kriegs und des Inflationsschubs nur geringfügig (um 0,2 Prozentpunkte) nach unten revidiert. Der Grund hierfür ist, dass die Konjunkturdynamik im vierten Quartal 2021 und im ersten Quartal 2022 deutlich besser war als in der Dezemberprognose erwartet wurde. Allein aufgrund der seit der Dezemberprognose nun vorliegenden neuen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (und der Revision von Daten, die bereits der Dezemberprognose zugrunde lagen), ergäbe sich rein technisch eine Aufwärtsrevision des BIP um 0,9 Prozentpunkte im Jahr 2022. Das Wachstum des

realen BIP läge somit im Jahr 2022 bei ausnehmend hohen 5,2 %. Eine Aufwärtsrevision wurde allerdings durch die negativen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und des Inflationsanstieges verhindert. Insgesamt führen die schlechteren Rahmenbedingungen zu einer Abwärtsrevision des BIP-Wachstums in den Jahren 2022 und 2023 von 0,2 Prozentpunkten beziehungsweise 0,7 Prozentpunkten.

Die Inflationsprognose wurde gegenüber der Prognose vom Dezember 2021 für den gesamten Prognosezeitraum, besonders aber für die Jahre 2022 und 2023 deutlich nach oben revidiert. Für 2022 beträgt die Aufwärtsrevision 3,0 Prozentpunkte, für 2023 1,3 Prozentpunkte und für 2024 0,7 Prozentpunkte. Im Wesentlichen wird der zusätzliche Preisdruck im Jahr 2022 importiert, wofür vor allem der Energiepreisanstieg, aber auch das Bestehen von Lieferengpässen verantwortlich zeichnen. Ab dem Jahr 2023 führen die hohen Lohnabschlüsse zu einem Anstieg der Lohnstückkosten und in weiterer Folge der Inflation.

Tabelle 10

Aufteilung der Prognoserevisionen

	BIP			HVPI		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %					
Prognose vom Juni 2022	4,1	2,0	1,9	6,2	3,6	2,7
Prognose vom Dezember 2021	4,3	2,6	1,8	3,2	2,3	2,0
Differenz	-0,2	-0,7	0,1	3,0	1,3	0,7
Verursacht durch:	in Prozentpunkten					
Externe Annahmen	-1,6	-1,2	0,2	2,0	0,4	0,0
Neue Daten ¹	0,9	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0
davon: Revision historischer Daten bis Q3 21	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Prognosefehler für Q4 21 und Q1 22	1,1	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0
Sonstiges ²	0,1	0,7	-0,1	0,0	0,9	0,7

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2021 und Juni 2022.

Anmerkung: Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann die Summe der Wachstumsbeiträge aus den einzelnen Revisionen von der Gesamtrevision abweichen.

¹ „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum bzw. die Inflation.

² Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

Vergleich der OeNB-Prognosen vom Juni 2022 und Dezember 2021

	Juni 2022				Revisionen seit Dezember 2021		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Wirtschaftliche Aktivität							
	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>						
Bruttoinlandsprodukt	4,6	4,1	2,0	1,9	-0,2	-0,6	0,1
Privater Konsum	3,2	3,5	2,1	2,0	-2,2	-1,3	-0,4
Öffentlicher Konsum	6,8	-0,2	0,7	0,1	0,7	0,4	-0,6
Bruttoanlageinvestitionen	4,0	2,3	2,2	2,1	-0,4	0,3	0,8
Exporte insgesamt	13,3	5,6	2,8	3,3	2,4	-2,0	0,8
Importe insgesamt	13,8	3,5	2,7	2,9	1,6	-1,8	0,5
Leistungsbilanzsaldo	-0,5	0,3	0,8	1,1	0,8	-0,2	-0,2
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP¹							
	<i>in Prozentpunkten</i>						
Privater Konsum	0,6	1,4	0,7	0,7	-0,9	-0,4	-0,1
Öffentlicher Konsum	1,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	-0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,2	0,4	0,3	0,3	-0,2	0,1	0,1
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	1,9	1,8	1,2	0,9	-1,0	-0,2	-0,2
Exporte	2,6	2,0	0,9	0,9	0,5	-0,4	0,2
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	0,1	0,3	-0,1	0,0	0,2	-0,1	0,0
Preise							
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,8	6,2	3,6	2,7	3,0	1,3	0,7
Deflator des privaten Konsums	2,4	6,3	3,7	2,7	3,4	1,5	0,7
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	1,7	3,3	4,1	2,5	1,0	1,6	0,6
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	0,6	2,0	4,6	2,7	1,1	2,6	1,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	3,2	3,6	5,3	3,6	0,1	2,0	1,0
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	-0,6	2,6	4,3	3,4	-0,2	2,2	0,9
Importpreise	5,3	9,8	3,4	1,9	5,9	1,6	0,0
Exportpreise	2,6	7,1	4,3	1,6	4,3	2,0	-0,2
Terms of Trade	-2,5	-2,5	0,9	-0,3	-1,4	0,5	-0,2
Einkommen und Sparen							
Real verfügbares Haushaltseinkommen	0,4	-0,6	1,3	2,0	-3,9	-2,3	-0,5
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>						
Sparquote	11,8	8,2	7,4	7,4	1,1	0,1	0,0
Arbeitsmarkt							
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Unselbstständig Beschäftigte	2,0	2,6	1,4	1,0	0,9	0,0	0,2
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	5,7	3,7	2,4	1,2	1,3	-0,1	0,3
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>						
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,2	5,1	4,9	4,6	-0,3	-0,1	-0,1
Budget							
	<i>in % des nominellen BIP</i>						
Budgetsaldo (Maastricht)	-5,9	-2,7	-1,2	-0,6	-0,6	0,2	0,5
Staatsverschuldung	82,8	80,6	77,1	74,4	1,1	0,1	-1,1

Quelle: 2021 (realisiert): WIFO, Statistik Austria, OeNB; OeNB-Prognosen vom Juni 2022 und Dezember 2021.

¹ Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

Literatur

- Butschek, F. 1982.** Arbeitsmarkt und Austro-Keynesianismus. In: Wirtschaftspolitische Blätter Nr. 3. WKO. 36–42.
- Fessler, P. und F. Fritzer. 2013.** The Distribution of Inflation among Austrian Households. In: Monetary Policy & the Economy Q3/13. OeNB. 12–28.
- Fessler, P., F. Fritzer und M. Salish. 2022.** Who pays the price when prices rise? In: Monetary Policy & the Economy. OeNB. Im Erscheinen.
- Fritzer, F. und M. Salish. 2022.** Inflationsprognose für 2022 bei 5,6 % – Energiepreise steigen mit der militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine weiter an. In: Inflation aktuell Q1/22. OeNB. 7–21.
- Kaufmann, D. 2022.** Is inflation out of control? KOF Bulletin Nr. 160. March 2022.
- Lehner, G. 1982.** Deficit-spending in Österreich. In: Wirtschaftspolitische Blätter Nr. 3. WKO. 24–35.
- OeNB. 2022a.** [Interimsupdate der Österreichprognose und Alternativszenarien vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs](#) vom 1.4.2022.
- OeNB. 2022b.** [Pandemie führt 2021 erstmals seit mehr als 20 Jahren zu einem Leistungsbilanzdefizit](#). Presseaussendung der OeNB vom 6.5.2022.
- OeNB. 2022c.** [Webpage zu Schwerpunkt Immobilienmarktanalyse der OeNB](#).
- Schneider, M. und R. Sellner. 2022.** Private consumption and savings during the COVID-19 pandemic in Austria. In: Monetary Policy & the Economy Q4/21. OeNB. 43–59.
- Seidel, H. 1982.** Austro-Keynesianismus. In: Wirtschaftspolitische Blätter Nr. 3. 11–15.
- Sellner, R. 2022.** Wirtschaftliche Auswirkungen der Lieferengpässe in Österreich. In: Konjunktur aktuell, März 2022. OeNB. 34–40.
- Stiglbauer, A. 2021.** Regionaler Mismatch und Fachkräftemangel prägen Arbeitsmarkt. In: Konjunktur aktuell, Dezember 2021. OeNB. 29–34.

Tabellenanhang: Detaillierte Ergebnisse

Tabelle 12

Nachfragekomponenten (real)

Verkettete Volumenangaben (Referenzjahr = 2015)

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	in Mio EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	180.714	187.028	190.998	194.822	+3,2	+3,5	+2,1	+2,0
Öffentlicher Konsum	76.331	76.166	76.678	76.738	+6,8	-0,2	+0,7	+0,1
Bruttoanlageinvestitionen	91.832	93.967	96.013	98.016	+4,0	+2,3	+2,2	+2,1
davon: Ausrüstungsinvestitionen	29.705	30.827	31.707	32.473	+4,1	+3,8	+2,9	+2,4
Wohnbauinvestitionen	17.622	17.857	18.074	18.263	+2,3	+1,3	+1,2	+1,0
Investitionen in Nicht-Wohnbauten und sonstige Investitionen	23.634	24.001	24.393	24.784	+4,2	+1,6	+1,6	+1,6
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	4.895	6.763	6.937	6.993	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	353.771	363.923	370.626	376.568	4,6	2,9	1,8	1,6
Exporte insgesamt	215.692	227.772	234.231	241.905	+13,3	+5,6	+2,8	+3,3
Importe insgesamt	205.403	212.662	218.429	224.795	+13,8	+3,5	+2,7	+2,9
Nettoexporte	10.289	15.110	15.803	17.110	x	x	x	x
Bruttoinlandsprodukt	364.061	379.034	386.429	393.678	+4,6	+4,1	+2,0	+1,9

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

Tabelle 13

Nachfragekomponenten (laufende Preise)

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	in Mio EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	200.971	220.944	233.903	244.984	+5,7	+9,9	+5,9	+4,7
Öffentlicher Konsum	86.611	88.617	92.795	96.098	+7,8	+2,3	+4,7	+3,6
Bruttoanlageinvestitionen	103.012	111.019	117.669	123.217	+7,4	+7,8	+6,0	+4,7
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	7.360	8.630	8.439	8.422	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	397.954	429.211	452.807	472.720	+7,9	+7,9	+5,5	+4,4
Exporte insgesamt	225.482	254.749	273.224	286.766	+16,3	+13,0	+7,3	+5,0
Importe insgesamt	220.421	250.428	265.913	278.835	+19,8	+13,6	+6,2	+4,9
Nettoexporte	5.061	4.321	7.310	7.931	x	x	x	x
Bruttoinlandsprodukt	403.015	433.531	460.117	480.651	+6,4	+7,6	+6,1	+4,5

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

Tabelle 14

Nachfragekomponenten (Deflatoren)

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	2010 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	111,2	118,1	122,5	125,7	+2,4	+6,3	+3,7	+2,7
Öffentlicher Konsum	113,5	116,4	121,0	125,2	+0,9	+2,6	+4,0	+3,5
Bruttoanlageinvestitionen	112,2	118,1	122,5	125,7	+3,4	+5,3	+3,7	+2,6
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderungen)	112,0	117,8	122,2	125,6	+2,3	+5,2	+3,8	+2,8
Exporte insgesamt	104,5	111,9	116,6	118,5	+2,6	+7,1	+4,3	+1,6
Importe insgesamt	107,3	117,8	121,7	124,0	+5,3	+9,8	+3,4	+1,9
Terms of Trade	97,4	95,0	95,8	95,6	-2,5	-2,5	+0,9	-0,3
Bruttoinlandsprodukt	110,7	114,4	119,1	122,1	+1,7	+3,3	+4,1	+2,5

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

Tabelle 15

Arbeitsmarkt

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	<i>in Tsd</i>				<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Erwerbstätige insgesamt	4.557,7	4.674,0	4.735,9	4.782,5	+2,1	+2,6	+1,3	+1,0
davon: Privater Sektor	3.787,9	3.900,3	3.961,3	4.007,1	+2,4	+3,0	+1,6	+1,2
Unselbstständig Beschäftigte gemäß VGR	3.996,9	4.102,7	4.159,3	4.202,5	+2,0	+2,6	+1,4	+1,0
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>							
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,2	5,1	4,9	4,6	x	x	x	x
	<i>in EUR je reale Output-Einheit x 100</i>							
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft ¹	63,5	64,8	67,8	69,6	+0,6	+2,0	+4,6	+2,7
	<i>in Tsd EUR je Beschäftigten</i>							
Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft ²	79,9	81,1	81,6	82,3	+2,5	+1,5	+0,6	+0,9
	<i>in Tsd EUR</i>							
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, real ³	45,6	44,5	45,2	45,6	+0,8	-2,5	+1,6	+0,9
	<i>zu laufenden Preisen in Tsd EUR</i>							
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, brutto	50,7	52,5	55,3	57,3	+3,2	+3,6	+5,3	+3,6
	<i>zu laufenden Preisen in Mio EUR</i>							
Arbeitnehmerentgelt insgesamt, brutto	202.630	215.498	230.036	240.759	+5,3	+6,4	+6,7	+4,7

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

¹ Bruttolohnsumme durch reales BIP.

² Reales BIP durch Gesamtbeschäftigung.

³ Bruttolohnsumme je Arbeitnehmer durch Konsumdeflator.

Tabelle 16

Leistungsbilanz

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	<i>in Mio EUR</i>				<i>in % des nominellen BIP</i>			
Handelsbilanz	999,0	4.698,0	7.274,1	10.776,2	0,2	1,1	1,6	2,2
Güterbilanz	-1.726,0	-3.598,1	-3.923,3	-1.772,5	-0,4	-0,8	-0,9	-0,4
Dienstleistungsbilanz	2.725,0	8.296,1	11.197,4	12.548,6	0,7	1,9	2,4	2,6
Einkommensbilanz	-363,0	-1.070,0	-1.000,0	-1.400,0	-0,1	-0,2	-0,2	-0,3
Transferbilanz	-2.746,0	-2.304,6	-2.600,0	-4.000,0	-0,7	-0,5	-0,6	-0,8
Leistungsbilanz	-2.110,0	1.323,4	3.674,1	5.376,2	-0,5	0,3	0,8	1,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2022	2023	2024	2022				2023				2024			
				Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Preise, Löhne, Kosten	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>														
HVPI	+6,2	+3,6	+2,7	+5,5	+7,0	+6,7	+5,7	+4,2	+3,3	+3,5	+3,6	+3,2	+2,6	+2,6	+2,6
HVPI ohne Energie	+3,7	+3,9	+2,9	+3,3	+4,0	+3,8	+3,8	+3,6	+3,6	+4,2	+4,1	+3,2	+2,8	+2,9	+2,9
Deflator des privaten Konsums	+6,3	+3,7	+2,7	+4,5	+6,4	+7,0	+7,1	+5,5	+3,5	+2,9	+2,9	+2,8	+2,8	+2,6	+2,5
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	+5,3	+3,7	+2,6	+5,0	+5,4	+5,6	+5,2	+5,3	+3,8	+3,1	+2,9	+2,8	+2,7	+2,5	+2,4
BIP-Deflator	+3,3	+4,1	+2,5	+1,7	+2,7	+3,8	+5,1	+5,7	+4,7	+3,4	+2,7	+2,7	+2,7	+2,5	+2,3
Lohnstückkosten	+2,0	+4,6	+2,7	-0,4	+1,6	+4,2	+2,8	+5,3	+4,9	+4,3	+4,1	+3,6	+3,1	+2,4	+1,6
Löhne pro Beschäftigten, nominell	+3,6	+5,3	+3,6	+3,6	+3,2	+3,6	+4,1	+5,0	+5,4	+5,4	+5,5	+4,8	+4,1	+3,2	+2,3
Produktivität	+1,5	+0,6	+0,9	+4,0	+1,6	-0,6	+1,3	-0,3	+0,5	+1,0	+1,3	+1,1	+0,9	+0,8	+0,7
Löhne pro Beschäftigten, real	-2,5	+1,6	+0,9	-0,8	-3,0	-3,2	-2,9	-0,5	+1,8	+2,4	+2,5	+1,9	+1,3	+0,5	-0,2
Importdeflator	+9,8	+3,4	+1,9	+9,9	+10,8	+9,9	+8,6	+5,3	+3,1	+2,7	+2,4	+2,2	+2,0	+1,8	+1,5
Exportdeflator	+7,1	+4,3	+1,6	+4,9	+6,9	+7,9	+8,5	+7,2	+4,6	+3,1	+2,3	+1,8	+1,7	+1,6	+1,4
Terms of Trade	-2,5	+0,9	-0,3	-4,5	-3,5	-1,8	-0,1	+1,8	+1,5	+0,5	-0,1	-0,3	-0,3	-0,3	-0,1
Wirtschaftliche Aktivität	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>														
BIP	+4,1	+2,0	+1,9	+2,5	-0,2	+0,1	+0,3	+0,7	+0,7	+0,6	+0,6	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4
Privater Konsum	+3,5	+2,1	+2,0	+0,1	+0,2	+0,6	+0,6	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,4	+0,4
Öffentlicher Konsum	-0,2	+0,7	+0,1	-1,0	-1,6	-1,7	-1,4	+1,7	+1,4	+0,5	-0,1	-0,6	+0,1	+0,1	+0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+2,3	+2,2	+2,1	+4,2	-0,1	+0,3	+0,4	+0,6	+0,8	+0,7	+0,6	+0,5	+0,4	+0,4	+0,4
Exporte	+5,6	+2,8	+3,3	+4,1	-2,2	+0,0	+0,7	+1,2	+1,2	+1,1	+0,9	+0,8	+0,6	+0,6	+0,6
Importe	+3,5	+2,7	+2,9	+5,5	-2,2	-0,3	+0,4	+1,4	+1,4	+1,1	+0,6	+0,7	+0,6	+0,6	+0,5
<i>Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP (PP)</i>															
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+1,8	+1,2	+0,9	-0,1	+0,2	+0,1	+0,1	+0,5	+0,4	+0,3	+0,3	+0,1	+0,2	+0,2	+0,2
Exporte	+2,0	+0,9	+0,9	+0,6	-0,2	+0,1	+0,2	+0,3	+0,2	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	+0,3	-0,1	+0,0	+2,1	-0,2	-0,1	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
Arbeitsmarkt	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>														
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,1	4,9	4,6	5,2	5,1	5,1	5,1	4,9	4,9	4,8	4,8	4,7	4,7	4,6	4,6
<i>Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>															
Gesamtbeschäftigung	+2,6	+1,3	+1,0	+0,6	+0,2	+0,3	+0,3	+0,4	+0,3	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2
davon: Privater Sektor	+3,0	+1,6	+1,2	+0,7	+0,2	+0,4	+0,4	+0,5	+0,4	+0,4	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2
Unselbstständig Beschäftigte	+2,6	+1,4	+1,0	+0,6	+0,2	+0,3	+0,3	+0,4	+0,3	+0,3	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2
Zusätzliche Variablen	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>														
Verfügbares Haushaltseinkommen	-0,6	+1,3	+2,0	-3,5	-2,1	+0,1	+0,5	+0,5	+0,5	+0,7	+0,8	+0,7	+0,2	+0,2	+0,1
<i>in % des realen BIP</i>															
Output-Gap	-0,4	-0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,6	-0,7	-0,4	-0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	+0,3

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2022.

Anmerkung: Quartalswerte saison- und arbeitstägig bereinigt.

Tabelle 18

Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2022			März 2022		März 2022		Juni 2022		April 2022		Mai 2022	
	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Hauptergebnisse	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>												
BIP (real)	+4,1	+2,0	+1,9	+3,9	+2,0	+3,6	+2,3	+3,6	+1,4	+2,6	+3,0	+3,9	+1,9
Privater Konsum (real)	+3,5	+2,1	+2,0	+3,9	+2,3	+4,7	+2,7	+4,0	+1,1	x	x	+4,1	+2,3
Öffentlicher Konsum (real)	-0,2	+0,7	+0,1	-1,6	+0,1	-2,0	+0,2	-1,2	+0,6	x	x	-1,2	+0,7
Bruttoanlageinvestitionen (real)	+2,3	+2,2	+2,1	+3,5	+2,5	+3,1	+2,3	+4,2	+2,0	x	x	+3,7	+2,3
Exporte (real)	+5,6	+2,8	+3,3	+6,1	+3,9	+5,5	+4,4	+8,5	+4,4	+2,6	+3,7	+6,3	+3,8
Importe (real)	+3,5	+2,7	+2,9	+4,6	+3,8	+3,9	+4,1	+7,4	+4,1	+1,3	+4,0	+4,6	+3,8
Arbeitsproduktivität ¹	+1,5	+0,6	+0,9	+0,0	+0,5	+0,6	+1,2	+1,8	+0,9	x	x	+1,0	+1,0
BIP-Deflator	+3,3	+4,1	+2,5	+3,5	+3,5	+3,1	+2,5	+3,5	+3,4	+4,0	+3,5	+3,4	+3,2
VPI	x	x	x	+5,8	+3,2	+5,5	+2,3	x	x	x	x	x	x
HVPI	+6,2	+3,6	+2,7	+5,7	+3,2	+5,3	+2,2	+6,7	+4,7	+5,6	+2,2	+6,0	+3,0
Lohnstückkosten	+2,0	+4,6	+2,7	+1,8	+4,0	+2,8	+3,3	+3,9	+4,7	x	x	+0,5	+1,6
Beschäftigte ²	+2,6	+1,3	+1,0	+2,1	+1,2	+3,0	+1,1	+1,5	+0,4	+1,6	+0,8	+2,9	+0,9
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>												
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,1	4,9	4,6	4,9	4,7	5,0	4,8	5,2	5,0	5,2	4,9	5,0	4,8
	<i>in % des nominellen BIP</i>												
Leistungsbilanz	0,3	0,8	1,1	-0,4	-0,1	x	x	-0,3	-0,9	-0,6	0,8	-1,0	-0,8
Budgetsaldo (Maastricht)	-2,7	-1,2	-0,6	-2,4	-1,1	-2,3	-1,7	-3,1	-1,6	-3,9	-2,4	-3,1	-1,5
Prognoseannahmen													
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	105,8	93,4	84,3	110,0	96,0	104,0	90,0	107,4	121,9	106,8	92,6	103,6	93,5
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,0	1,3	1,6	-0,4	0,3	-0,2	0,5	-0,2	0,9	-0,7	0,0	-0,1	1,3
USD/EUR-Wechselkurs	1,07	1,05	1,05	1,12	1,10	1,10	1,10	1,07	1,05	1,11	1,13	1,09	1,08
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>												
BIP real, Euroraum	+2,8	+2,1	+2,1	+3,2	+2,7	+3,3	+2,7	+2,6	+1,6	+2,8	+2,3	+2,7	+2,3
BIP real, USA	+2,5	+1,9	+2,0	+3,4	+2,1	+3,4	+2,0	+2,5	+1,2	+3,7	+2,3	+2,9	+2,3
BIP real, Welt	+3,0	+3,3	+3,4	x	x	+3,7	+3,2	+3,0	+2,8	+3,6	+3,6	+3,2	+3,5
Welthandel ³	+4,3	+3,2	+3,6	x	x	+3,0	+3,5	+4,9	+3,9	+5,0	+4,4	+4,9	+4,4

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission.

Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

¹ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.

² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

³ IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.